

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ost- und Westfalen, Litauen, Lauenburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die in 5 Spalten...
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Beifolgt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Mittwoch, den 30. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkshauskonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Debitenkasse Lindenstraße 3

Deutschland und der Sicherheitsvertrag.

Beantwortung des Völkerbundvorschlages.

WTB. meldet: Der Völkerbund hat, wie bereits vor einiger Zeit gemeldet wurde, den von einer seiner Kommissionen aufgestellten Entwurf eines „Vertrags über gegenseitige Unterstützung“ auch der deutschen Regierung zur Stellungnahme überhandt. Das Auswärtige Amt hat den Entwurf einem Gremium von Sachverständigen zur Begutachtung unterbreitet, das sich aus den Herren Prof. Hoehlich, Prof. Raas, Prof. Kahl, Ministerialdirektor z. D. Kriege, Prof. Reineke, General a. D. Graf Montgelas, Reichsminister a. D. Schiffer und Prof. Schücking zusammensetzt. Die Sachverständigen haben ihre Auffassung in einer Denkschrift vom 5. Juli dargelegt, die nunmehr vom Auswärtigen Amt dem Generalsekretariat des Völkerbundes mit dem Hinzufügen mitgeteilt worden ist, daß die Reichsregierung sich die Ausführungen der deutschen Sachverständigen zu eigen mache.

Die Denkschrift, die das ganze Problem der Sicherheit und Abrüstungsfrage erörtert, unterzieht zunächst die Grundgedanken des Völkerbundsentwurfs einer eingehenden Kritik. Der Entwurf geht von dem

uneingeschränktes Verbot des Angriffskriegs

aus. Die Frage aber, ob ein Angriffskrieg vorliegt, unterliegt ausschließlich der Entscheidung des Völkerbundsrats, der auch die Befugnisse haben soll, die Maßnahmen gegen den Angreifer, insbesondere die Ausbietung militärischer Machtmittel zu organisieren. Darüber hinaus gestattet der Entwurf, daß der allgemeine Vertrag durch Sonderbündnisse zwischen einzelnen Vertragsstaaten oder einzelnen Mächtegruppen ergänzt wird. Die deutschen Sachverständigen erklären ein solches System für ungeeignet, das erstrebte Ziel der allgemeinen Sicherheit der Staaten und der dadurch ermöglichten Abrüstungsbeschränkungen zu erreichen. Die Ausführungen der Denkschrift begegnen sich hierbei in den wesentlichen Punkten mit der Kritik, die inzwischen auch von Seiten der amerikanischen und englischen Regierung an dem Völkerbundsentwurf geübt worden ist. Von besonderer Bedeutung ist der von der Denkschrift geführte Nachweis, daß Deutschland angesichts seiner völligen Entwaffnung in eine unmögliche Lage geraten würde, wenn es in einem bewaffneten Konflikt zwischen anderen Staaten auf Grund einer Entscheidung des Völkerbundsrats seine Neutralität aufgeben und sich an kriegerischen Maßnahmen beteiligen müßte.

Die Denkschrift beschränkt sich indes nicht auf eine negative Kritik, sondern macht, wenigstens in großen Zügen,

auch positive Vorschläge,

wie nach deutscher Auffassung das Problem der Sicherheit und Abrüstung gelöst werden könnte. Dabei wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Will man in Wahrheit die den Völkerbund tragende Idee der Völkerabrüstung ihrer Verwirklichung näher bringen, so wird man den Weg, den der Entwurf vorschlägt, nicht beschreiten dürfen. Er führt nicht über den Völkerbund hinaus, sondern von ihm und seinen Grundanschauungen ab. Nur ein organischer Ausbau, nicht ein äußerlicher Anbau verspricht Erfolg. Nicht eine Häufung von Verträgen und Abmachungen neben dem Völkerbundsvertrag, sondern seine vertiefte Ausgestaltung tut not. Diese Ausgestaltung kann nicht in der Richtung erfolgen, daß man der Gewalt lediglich durch Gewalt begegnet. Unrechtmäßige Gewalt wird man nur dadurch aus der Welt schaffen, daß man ihr das Recht entgegenstellt, durch das die zur Abwehr des Unrechts angewandte Gewalt erst gerechtfertigt und geheiligt wird. Was verbietet die gewalttätige Ausübung von Streitigkeiten, die gewalttätige Durchsetzung vermeintlicher Ansprüche schließt weg. Man schaffe neben dem für reine Rechtsstreitigkeiten bestimmten Weltgerichtshof eine

Schlichtungsinstanz für politische Konflikte

mit allen Garantien der richterlichen Unabhängigkeit ihrer Mitglieder. Man verordne einen Einlassungszwang vor ihr und ebenso vor dem ständigen Weltgerichtshof im Haag. Man gebe beiden Stellen das Recht und die Pflicht zum Erlass einstweiliger Verfügungen zum Zwecke des Beweises, insbesondere

auch gegenüber angeblich friedlichen Befehlen fremden Staatsgebieten.

Vor allem mache man für alle Staaten die Abrüstung obligatorisch. Man Sorge endlich dafür, daß berechnete Wünsche der Bevölkerung wegen Berichtigung der Grenzen auf dem Wege eines geordneten Rechtsverfahrens ihre Lösung finden. Denn die Entwicklung steht nicht still. Wer den Wunsch hat, sie nicht den gewalttätigen Eruptionen vor sich geben zu lassen, darf nicht den aussichtslosen Versuch machen, sie in den Zustand einer Erstarrung zu versetzen, der schließlich doch gesprengt werden würde. Er muß vielmehr darauf bedacht sein, ihr freie Bahn zu lassen, und nur dafür sorgen, daß diese Bahn die des Rechtes ist. Nur so wird man die Voraussetzung für eine kraftvolle Wirksamkeit des Völkerbundes schaffen, nur so die Möglichkeit für eine starke Erweiterung seiner Kompetenzen heraufführen und nur so auch jener Unversöhnlichkeit seines Mitgliederkreises den Weg bereiten, ohne die er

seine große Aufgabe niemals voll erfüllen kann. Auch Deutschland brauchte alsdann nicht zu zögern, in die Gesellschaft der im Völkerbund vereinigten Nationen, selbstverständlich unter der Voraussetzung voller Gleichberechtigung, einzutreten, um auf dem Boden des Rechtes an der Erhaltung eines dauernden Friedens mitzuwirken.“

Der französische Kompromißvorschlag. Ein Sanktions-Schiedsrichterkollegium.

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die neue Kompromißformel, die inzwischen von der französischen Delegation der ersten Kommission der Londoner Konferenz unterbreitet worden ist, sieht, wie offiziell mitgeteilt wird, vor, daß die Reparationskommission bei der Feststellung etwaiger deutscher Verfehlungen jedesmal, wenn darüber ein einstimmiger Beschluß nicht zustandekommen sollte, die Entscheidung eines dreimigliedrigen Komitees mit schiedsrichterlichen Vollmachten anrufen soll. Dieser Vorschlag, dessen Einzelheiten noch nicht festgelegt sind, dessen Prinzip sich jedoch völlig im Rahmen des Friedensvertrages halte, soll bereits die Zustimmung Ramsay MacDonalds gefunden haben. Dieser habe einen der englischen Sachverständigen beauftragt, sich mit seinem französischen Kollegen über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Textes zu verständigen. Die französische Delegation soll allerdings beabsichtigen, die endgültige Annahme des Vorschlages von Zugeständnissen in der Frage der Naturalleistungen abhängig zu machen, deren Sicherung von der deutschen Regierung in einwandfreier Weise garantiert werden müsse.

Eine Botschaft Herriots.

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In einem an den Vizepräsidenten des Ministerrats gerichteten und am Dienstag nachmittag in Kammer und Senat verlesenen Telegramm gibt Herriot eine ausführliche Darlegung über den Stand der Arbeiten der Londoner Konferenz. Er behauptet, daß er noch nicht in der Lage sei, dem Parlament endgültige Abmachungen unterbreiten zu können, da trotz des guten Willens aller Beteiligten die Verhandlungen bisher nicht zu einem Abschluß hätten gebracht werden können. Herriot gibt sodann einen Überblick über die bisherigen Beschlässe der drei Kommissionen und der Vollziehung am Montag. Er betont, daß die Beseitigung der zahlreichen Schwierigkeiten technischer Natur, auf die die Verhandlungen gestoßen seien, aller Voraussicht nach noch mehrere Tage in Anspruch nehmen werde. Die französische Regierung nehme an allen diesen Verhandlungen mit dem festen Entschluß teil, die Rechte Frankreichs zu verteidigen, zugleich aber die Einigung zwischen den Alliierten und den Frieden sicherzustellen. Sie werde die Ergebnisse der Verhandlungen dem Parlament unterbreiten, und sie überlasse es diesem, das Datum zu bestimmen, an dem es darüber zu beraten wünsche.

Deutschland und der Völkerbund.

Wie die Reichsregierung dementiert.

Die Reichsregierung hat, wie unsere Leser dem Dienstag-Abendblatt des „Vorwärts“ bereits entnehmen konnten, die Meldung unseres Londoner Korrespondenten dementiert, der uns die Mitteilungen des Londoner „Daily Telegraph“ über Bedingungen gedroht hatte, die vom Auswärtigen Amt dem Generalsekretär des Völkerbundes für den Eintritt Deutschlands gestellt worden sein sollten. Derartige Unterredungen sind ja stets informeller Natur, erst im entscheidenden Stadium geht man zu genauer Formulierung über, und darum wird es sich nicht um punktweise festgelegte Bedingungen gehandelt haben. Ob die allgemeine Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und sein Verhalten gegenüber Sir Erik Drummond in besonderen nicht den Eindruck machte, daß Deutschland solche Bedingungen stelle — das würde man ja nur durch Vernehmung der Teilnehmer an jener Verhandlung feststellen können und allenfalls dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags überlassen bleiben.

Da jedoch das Dementi von einer angeblichen Auslassung des „Daily Telegraph“ sprach, so lag darin die Verdächtigung unseres Korrespondenten, als hätte er gar die „Daily-Telegraph“-Meldung erfunden. Diese herabsetzende Vermutung ist durch das WTB. an die gesamte Presse verbreitet worden. Auf unsere drastische Anfrage telegraphiert nun unser Korrespondent, daß die von ihm übermittelte Meldung tatsächlich am Montag, den 28. d. M., im „Daily Telegraph“ erschienen ist!

Die verantwortliche Stelle hätte sich dieses verdächtigende „angeblich“ wohl sparen können. Sie sollte nun aber bei der deutschen Botschaft in London feststellen, warum diese Behörde die für Deutschland doch wahrlich nicht gleichgültige Meldung eines führenden Londoner Blattes nicht der Reichsregierung gemeldet hat — mindestens doch, um sie schleunigst in London selbst dementieren zu können! Sind die deutschen Botschaften auch sonst so sparsam im Telegraphieren?

Morel und die Kriegsschuld.

Auch eine Erinnerung aus der Kriegszeit.

Von Eduard Bernstein.

In der Reichstagsrede des deutschnationalen Abgeordneten Berndt vom 25. Juli über die Kriegsschuldfrage marschieren unter den angeblichen Zeugnissen für die von ihm behauptete Unschuld des kaiserlichen Systems in Deutschland auch Aussprüche des heutigen Mitglieds der britischen Arbeiterpartei E. D. Morel, Abgeordneter für Dundee (Schottland), auf. Herr Berndt stellt dabei Morel den Titel „diefer aufrechte Mann“ aus. Unser Gefinnungsgenosse hat auf ihn sicherlich allen Anspruch. Ob er aber Wert darauf legt, ihn aus dem Munde von Leuten entgegenzunehmen, die im eigenen Lande jeden als Landesverräter verfeuern würden, der es wagte, auch nur halb so scharf wie er die Schuld der eigenen Regierung zu betonen und übertriebene Anschuldigungen der gegnerischen Nation zurückzuweisen, müssen wir, wie wir ihn kennen, sehr bezweifeln.

Dies um so mehr, als es obendrein recht fraglich ist, ob Herr Berndt überhaupt Morel richtig zitiert hat. Ich will ihm nicht unterstellen, daß er etwa Worte Morels gefälscht habe. Aber er zitiert ihn außerhalb des Zusammenhangs, in dem die Worte stehen, und erst aus diesem ergibt sich ihr richtiger Sinn. Es liegt doppelter Anlaß vor, das hervorzuheben, als Morel schon einmal Gelegenheit genommen hat, sich energisch gegen den Mißbrauch seiner Reden und Aussprüche durch die Anwälte des kaiserlichen Systems in Deutschland aufzulehnen. Der Vorgang ist unter verschiedenen Gesichtspunkten von Interesse.

Es war im Sommer des zweiten Kriegsjahres 1915. Damals herrschte ein gelehrter amerikanischer Quäker Europa zu dem Zweck, festzustellen, ob sich eine Friedensvermittlung mit einiger Aussicht auf Erfolg anbahnen ließe. Er fand in Deutschland nur bei wenigen Personen Ermüdung. Auf seiner Heimreise über London erzählte er dort in einer Gesellschaft von Friedensfreunden, welche Eindrücke er in Deutschland empfangen habe, und erwähnte dabei, daß Morels Reden und Aussprüche in Deutschland nur als Beweis für die Schuld Englands zitiert würden. Morel erfuhr dies von einer Dame jenes Kreises, und das veranlaßte ihn, sofort an sie einen Brief zu richten, worin er seine wirklichen Ansichten darlegte und sie ermächtigte, den Brief auf irgendeinem Wege mit der Bemerkung zutommen zu lassen, es würde ihm sehr angenehm sein, wenn weitere Kreise in Deutschland über die Beweggründe und Voraussetzungen seines in England geführten Kampfes richtig unterrichtet würden.

Der Brief ging mir über ein neutrales Land zu. Als ich ihn las, sah ich sofort, daß er die Berliner Kriegszensur nicht passieren werde. Daher übergab ich ihn dem Herausgeber der damals in München erscheinenden Zeitschrift „Das Forum“ mit der Bitte um Veröffentlichung. In München, das bald von links und bald von rechts gegen Berlin frontiert, herrschte zu jener Zeit eine etwas mildere Atmosphäre als an der Spree. In Berlin erteilte die Zensur, die föh alles negtrich, was ihr unzeitgemäß erschien, nicht einmal, durch Offenlassen der Stelle die Leser wissen zu lassen, daß etwas getrichen sei. In München war man, biblisch gesprochen, human genug, dem Hund den Schwanz nur zur Hälfte abzuhacken. Und so erschien in der Augustnummer 1915 des „Forum“ Morels Brief in folgender Gestalt:

London, 30. Juli 1915.

Liebe Mrs. Winturn Scott!

Aus einer Bemerkung, die Sie heute nachmittag fallen ließen, entnehme ich, daß in gewissen Kreisen in Deutschland der Eindruck vorherrscht, ich betrachte England oder dessen Verbündete, sei es einzeln oder zusammengenommen, als allein für diesen trostlosen und sinnlosen Krieg verantwortlich.

Dieser Eindruck kann nur verursacht sein durch entstellte oder unvollständige Auszüge aus meinen Reden und Schriften.

Was ich gesagt habe und glaube, ist, daß Deutschland nicht, wie dies allgemein in diesem Lande hingestellt wird, allein für diesen Krieg verantwortlich ist.

(39 Druckzeilen unterdrückt.)

Von dieser Haltung bin ich noch um kein Haar abgewichen. In einem erst ganz neuerdings, am 4. Juli, in der „New York Tribune“ veröffentlichten Artikel schrieb ich:

„Ich bin nicht mit der Mehrheit mit denen, die behaupten, daß die Beherrscher Deutschlands diesen Krieg geflissentlich geplant haben und ganz verantwortlich für ihn sind. Daß sie ein großes Maß von Verantwortung für ihn tragen, liegt auf der Hand. Daß andere mit ihnen verantwortlich sind, kann nur von Leuten bestritten werden, die unter dem Einfluß der Furcht Halluzinationen verfallen sind. Und Furcht hat dieser Krieg verursacht. Furcht verlängert ihn.“

Als ein Engländer, der fest davon überzeugt ist, daß ein dauernder Friede nur erwirkt werden kann durch stillschweigendes Einverständnis verübter Sinnlosigkeiten von Seiten aller Kriegführenden, durch Beseitigung der Ursachen früherer Kriege und Ausmerzung der Systeme, welche diese zur Folge gehabt hatten, habe ich es für patriotische Pflicht gehalten, zu brandmarken, was nach meiner Ansicht falsch, unbillig und ungerecht war in dem Verhalten der briti-

den herrschenden Klassen gegen Deutschland. Ich habe die belächelte auswärtige Politik in dieser Hinsicht schon vor dem Krieg kritisiert. In gleicher Weise habe ich protestiert gegen Äußerungen, die dem britischen Volk den Wunsch zuschreiben, Deutschland zu zermalmen oder sein Wachstum abzuschneiden.

Als ein Deutscher, der aufschichtgemäß ist, die internationale Gesellschaft auf der Grundlage einer wahren Gemeinschaft der Nationen wieder herzustellen, würde ich meinen Landsleuten erklären, daß ihnen Gelegenheit geboten ist, durch einen einmütigen Akt moralischen Mutes, der ihrer nationalen Größe würdig ist, den Beweis zu liefern für die Ehrlichkeit ihrer Angabe, daß sie einen Verteidigungskrieg führen, und für ihre Entschlossenheit, in hervorragendem Grade dazu beizutragen, die Zivilisation von dem Fluch zu befreien, den ihre herrschenden Klassen und die herrschenden Klassen ihrer Feinde für so lange Zeit den leidenden Volksmassen Europas auferlegt haben.

Aufsichtig Ihr

E. D. Morel.

Es lag nahe, den Originalbrief Morels herauszufinden und die von der Zensur gestrichenen Stellen oben wieder einzufügen. Ich bin aber nicht sicher, wo er sich jetzt befindet, und außerdem scheint es mir auch überflüssig. Wie Morel über das kaiserliche System und dessen Verantwortung am Kriege dachte, dafür sprechen im Verein mit dem gedruckten Stück des Briefes die weißen Stellen eine so deutliche Sprache, daß der Leser darüber nicht im Zweifel sein kann. Wobei ich noch bemerken will, daß die 39 Druckzeilen mit dem dem vorhergehenden Satz gegenüberstehenden bedeutungsvollen A ber erheblich mehr Raum einnahmen, als 39 Zeilen des „Vorwärts“.

Morel war ein leidenschaftlicher Gegner der nach seiner Ansicht übertriebenen frankophilen Politik Sir Edward Greys, der er einen großen Teil der Schuld am Krieg beimaß. Der gleichen Meinung war, wie wir wissen, J. Ramsay MacDonald, aus dessen am 3. August 1914 im englischen Haus der Gemeinen gehaltenen mutigen Rede die deutsche Presse jetzt aus Anlaß einer soeben erschienenen Lebensbeschreibung MacDonalds Auszüge mitgeteilt hat. Aber man hat nicht mitgeteilt, daß in jener Rede MacDonald auch sagte, er anerkenne aber, daß in den Tagen der Krisis Grey sein Möglichstes aufgeboten habe, den Frieden aufrechtzuerhalten. Wer für diese Fortlassung verantwortlich ist, kann ich nicht beurteilen. Sie ist aber ein Stück jenes verrotteten Systems der Berichtserstattung, durch das das deutsche Volk zum Schaden der Republik in die Irre geführt wird und das die ganze Rede des Herrn Berndt durchzieht.

Wie wenig aber die Gesinnungsgenossen des Herrn Berndt gewillt waren, in irgendeiner Weise dem Appell zu entsprechen, den Morel am Schluß seines Briefes an die Deutschen richtet, ist bekannt. Es sind die Kreise, in denen damals jene ungläublichen Kriegsforderungen ausgeheckt und propagiert wurden, die jede Friedensvermittlung aussichtslos machten.

Rein, Herr Berndt, wenn Sie den Sinn von Morels Erklärungen nicht größtenteils fälschen wollen, dann lassen Sie diesen aufrechten Mann aus dem Spiel.

Braun geht nicht nach London.

Prinzip oder Notfalle?

Der preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun soll nun doch nicht nach London gehen, der Reichsregierung sind Bedenken gekommen. Wie die anderen Länder, deren Gebiete teilweise besetzt sind, wird auch Preußen nur einen höheren Beamten schicken, nicht den Ministerpräsidenten selbst.

Die Delegation Brauns war durch das preussische Kabinett erfolgt, wie das „Berliner Tageblatt“ zu wissen glaubt, sogar auf dringendes Verlangen des völksparteilichen Fraktionsvorstands. Es ist daher auf alle Fälle Unstimm, wenn die deutschnationale Presse es so darstellt, als ob es sich um einen „sozialdemokratischen Vorstoß“ gehandelt hätte, der nun glücklich abgewehrt sei. Wahrscheinlich hätte es nichts

geschadet, wenn ein so kluger Politiker wie Braun in der Deutschen Delegation seine Stimme hätte abgeben können und wenn MacDonald unter den Vertretern Deutschlands auch einen Mann gefunden hätte, den er kennt. . . Aber in gewissen Kreisen hält man auf Marginalität mehr als auf außenpolitische Erfolge.

An sich — das sei keineswegs verschwiegen — ist es richtig, die verantwortliche Führung außenpolitischer Verhandlungen der Reichsregierung allein zu überlassen. Man muß aber berechnete Zweifel daran hegen, daß die gegenwärtige Reichsregierung, die dem bayerischen Partikularismus so weit entgegenkommt, wirklich nur der Reichseinheitlichkeit wegen wieder Bedenken bekommen hat, nachdem die Sache schon so gut wie beschlossen war. Es wird sich zeigen müssen, ob sie in Zukunft auch reaktionären Regierungen gegenüber eine solche Strenge der unitarischen Gesinnung an den Tag legen wird wie einer Regierung gegenüber, an deren Spitze ein Sozialdemokrat steht.

Nationalismus und Brotwucher.

Mobilisierung für den Hungerjollfeldzug.

Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß der Nationalismus der Deutschnationalen nur Mittel zur Einhandlung wirtschaftlicher Sonderrechte ist. Der Schutz Zollwink — schon fallen sie um und unterzeichnen das zweite Versailles. Indessen geht es ihnen zu langsam mit dem Zollwucher. Sie sind sehr ungehalten, daß der Reichsrat die Zollvorlage noch nicht erledigt hat. Sie sind sichtlich entrüstet, daß der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf verweist, statt ihnen beizuspringen. Ein Minister verweist, wenn die Agrarier Jölle brauchen? Also muß wieder stärker mit der patentnationalen Gesinnung gewinkt werden. Die „Vaterländischen Verbände“ teilen mit:

„In den Kreisen der Vaterländischen Verbände ist eine lebhafteste Bewegung dagegen entstanden, daß der nationalen Arbeit der Schutz durch landwirtschaftliche Jölle verweigert werden soll. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands haben deshalb aus Sorge um die Erhaltung der Grundlage der deutschen Wirtschaft zum 2. August die Vertreter der Vaterländischen Verbände aus dem ganzen Reich nach Berlin eingeladen.“

Es soll also ein patentnationaler Rummel inszeniert werden, damit die Agrarier schnellstens zu den Jöllen kommen und der Verdüsterung das Fell über die Ohren gezogen wird. Blumper kann die Verlogenheit der angeblich nationalen Gesinnung der Brotwucherer nicht gezeigt werden.

Aus dem Junkerparadiese.

Sandbändler unter sich.

Aus Pommern wird uns geschrieben:

Gutsbesitzer Freiherr von Bodungen. Ich werde jetzt seit einiger Zeit zu den völkischen Größen Pommerns. Es gehört offenbar zu seinen Haupttugenden, über seine Gegner, ganz gleich wo sie stehen, mit der bekannten völkischen Wahrheitsliebe herzufallen. Erst in den beiden letzten Tagen der vergangenen Woche wieder hatte sich die Strafkammer des Landgerichts Stettin mit seiner Person zu befassen. Die Verhandlung bewies nicht nur den „edlen“ Charakter dieses adeligen Junkers, sondern zugleich beleuchtete sie auch ein Stück Sandbändlertreiben, wie es sich hinter den Kulissen abzuspielen pflegt. Von Bodungen war bis zu seinem Ausschluß aus dem Landbund einer der draufgängerischsten Sandbündelhäuptlinge. Er kann auch als der hartnäckigste Verfechter der „Koggenanweisungen“ gelten, die von allen reaktionär gerichteten Kreisen Pommerns im Herbst 1923 als die Währung bezeichnet wurden, die allein imstande sei, Deutschland zu retten. Das Experiment der Koggenanscheine wirkte sich aber nicht nur für den Landbund, sondern auch für die letzten Besitzer der Koggenanscheine sehr verhängnisvoll aus. Die Sandbändler verloren etwa die Hälfte ihres Guthabens, das sie zur „Deckung“ hinterlegt hatten und mußten sogar noch Rückzahlungen leisten, um das Verlustkonto des Pommerschen Landbundes einigermaßen auszugleichen. Zahlreiche Besitzer von Koggenanscheinen aber warten noch heute auf ihre Einlösung. Auf

Grund dieser Vorgänge mußte auch v. Bodungen sich aus dem Landbund trolchen. Ehemals als Held und Heldland gepriesen, schrien ihm jetzt die erbosten Landbändler ein hartes „Kreuziget ihm“ zu.

Seine Praktiken als Landbündelhäuptling wurden bereits anlässlich eines Prozesses im April d. J. vor der Stettiner Strafkammer einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Hier hatte sich v. Bodungen wegen schwerer Beleidigungen des Landrats Dr. Koehler-Greifenhagen zu verantworten. Seine „Wahrheitsbeweise“ mißlangen gänzlich und so konnte er nur zu seiner Verteidigung anführen, daß sein Verhalten auf Beschlüssen des Landbundes beruhe, die dahin gehen, jeden Verwaltungsbeamten auf das rücksichtsloseste zu besänftigen, der nicht die Belange der Landwirtschaft (lies: des Landbundes) wahrnehme. Die Äußerung von Bodungen in einer Bundesversammlung: „Der rote Hund sei ihm als Landrat lieber, wie Koehler“ charakterisiert wohl zur Genüge die geistige Verfassung dieses arischen Weltverbessers. Von Bodungen wurde schließlich zu 4000 Mark Geldstrafe verurteilt.

In intigem Zusammenhang mit dieser Affäre steht der Prozeß, der am letzten Sonnabend zum Abschluß gebracht wurde. Auch er hat eine interessante Vorgeschichte: Der Gutsbesitzer Zelter-Neuhaus, ehemals Vorsitzender der Deutschnationalen des Kreises Greifenhagen, hatte eine kurze Zeit den Kreis in Vertretung des Landrats Koehler verwaltet. In jener Zeit — im Januar d. J. — herrschte unter den Landbüdern eine gewisse Erregung wegen verspäteter Zahlung für Umlagegetreide durch die Reichskommunalbehörde. Dagegen Zelter seinen Landbündelfreunden damals erklärte, daß die Kreisverwaltung daran unschuldig sei, verlangte v. Bodungen und sein Anhang eine Revision der Bücher. Wertwürdigerweise kam dann auch der Landrat diesem völlig unangeleglichen Verlangen nach. Die „Revision“ zeigte aber, daß die Landbändler von der Kreisverwaltung ihr Umlagegetreide höher bezahlt erhielten, als von der Reichsgetreidekasse. Die Treiberer der v. Bodungen hörten damit jedoch keineswegs auf. Er intrigierte nunmehr gegen Zelter-Neuhaus, weil dieser — ein seltener Fall — als deutschnationaler Agrarier für so harte Durchführung der Umlageverpflichtungen eintrat. v. Bodungen erreichte es endlich, daß Zelter wegen dieser Haltung mit „Schimpf und Schande“, wie sich der Landbündelhäuptling äußerte, aus dem Landbund ausgestoßen wurde.

Im Oktober d. J. hatte der Konflikt Zelter—v. Bodungen eine Gerichtsverhandlung in Greifenhagen zur Folge, bei der v. Bodungen wegen Beleidigung des Zelter zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Damit beruhigte sich aber weder der Kläger noch der Beklagte, und so kam es zu dem Berufungsprozeß in der vergangenen Woche. Der ehemals Deutschnationale v. Bodungen zeigte hierbei, daß ihm die völkischen Erleuchtungen bereits in Fleisch und Blut übergegangen sind. Während nämlich Zelter äußerte, daß er mit dem Angeklagten seit 1904 in intimer Freundschaft gestanden habe, erklärte v. Bodungen, daß er „schon immer eine blutige Abneigung gegen Z.“ hatte. Trotzdem ist aber v. B. nicht davon zurückgeblieben, während des Krieges in einem Brief Zelter zu bitten, sich seiner Frau und Kinder anzunehmen. Danach freilich, worum er dann seine persönliche Abneigung bislang so wenig durchblicken ließ, gab v. Bodungen zur Antwort: „Alle freipolitischen Entschcheidungen wurden auf der Hand, in großen Gesellschaften und bei ähnlichen Anlässen gefällt. Deshalb wollte ich auch dabei sein.“

Treffender kann wohl kaum völkische Geschäftstüchtigkeit bezeichnet werden, als mit diesen Worten. Krähen Edelmut enthält auch der Anspruch von Bodungen, der offenbar auf Zelter gemünzt ist: „Wenn jemand“ sage, Rathenau ist der beste Mensch gewesen, dann zeuge dies von seiner deutschen Gesinnung.“

Bodungen wurde von der Berufungsinstanz wegen fortgesetzter Beleidigung des Gutsbesitzers Zelter zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Unvermögensfalle kommt für je 10 Mark ein Tag Gefängnis zur Anrechnung.

Der ungeschickliche Republikanerabbau.

Nach Kassel und Hannover Bielefeld.

Bielefeld, 29. Juli. (Eca.) Die Stadtverordnetenversammlung hat einen Antrag der Bürgerpartei auf Abbau des Magistrats, von dem in erster Linie der sozialdemokratische Zweite Bürgermeister Köllner betroffen wird, mit 19 gegen 17 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. In Elberfeld ist eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gegründet worden.

Der Totengräber.

Von Maxim Gorki.

Als ich dem Friedhofswächter Bodrogina eine Ziehharmonika schenkte, drückte er — der Einäugige mit dem boarigen Gesicht — seine rechte Hand an sein Herz, schloß freudestrahlend sein einziges Auge, das freundlich, doch zuweilen auch schwermütig, blickte und sagte: „Ach!“

Er geriet ganz außer Atem vor Erregung, schüttelte seinen kahlen Kopf und sagte in einem Atemzug: „Wenn Sie sterben, Begegnung Maxim, dann werde ich Ihnen zu Diensten stehen.“

Er nahm die Harmonika überall mit, sogar zu den Gräbern, wenn er arbeitete. Wurde er müde, so spielte er ganz leise und mit Liebe eine Polka. Diese Polka nannte er mit französischer Betonung „Trin-bianc“ und manchmal auch „Drjan-bran“. Sie war das einzige Stück, das er spielen konnte.

Einmal kam es, daß er zu einer Zeit spielte, wo der Pope die Totenmesse las. Kaum war der Pope damit fertig, da ließ er Bodrogina zu sich rufen und fing an zu schimpfen: „Du beleidigst Dahingeschiedene, du Hündoch!“

Bodrogina sagte mir sein Leid: „Es ist gewiß nicht gut, was ich getan habe; doch wie kann er wissen, was die Gestorbenen fröhnen?“

Er war innerlich überzeugt, daß es keine Hölle gibt. — Die Seelen der guten Menschen fliegen nach dem Tode des Körpers in das „heilige Paradies“, die Seelen der Sünder bleiben im Körper und leben in den Gräbern, bis der Körper vermodert und zerfällt. Danach atmet die Erde die Seele in den Wind und der Wind zerstreut sie in den leblosen Staub.

Als man den Beidnam der mit so lieben sechsjährigen Nikolajewa in das Grab gelegt hatte und alle anderen vom Friedhof weggegangen waren, tröstete mich Kosja Bodrogina, während er den Grabhügel mit dem Spaten glättete: „Du, Freund, traue dich nicht, vielleicht hält man im Jenissei andere Reden, schönere, freudigere als bei uns. Vielleicht spricht man überhaupt nichts und spielt nur auf dem Violoncell.“

Die Musik liebte er bis zur lächerlichen und gefährlichen Selbstvergessenheit. Hörte er von fern die Töne eines Militärmusikers, einer Drehorgel oder eines Flügelns, wurde er sofort ganz aufmerksam, streckte den Hals nach der Richtung, woher die Töne kamen, hielt die Hände auf dem Rücken, stand wie erstarrt und machte sein dunkles Auge weit auf, als ob er mit dem Auge hören wollte. Manchmal geschah das auch auf der Straße. Zweimal hatten ihn Pferde umgeworfen, und oftmals hatten ihn Kutscher mit der Peitsche geschlagen, wenn er wie verzaubert stand, ohne die Warnungsrufe zu hören und die Gefahr zu sehen.

Er erklärte: „Höre ich Musik, dann ist es mir, als ob ich auf den tiefen Grund eines Flusses tauche.“

Er ging mit einer Friedhofsbettlerin, Sorolna, einem trunksüchtigen Weib, das fünfzehn Jahre älter war als er. Er selbst zählte mehr als vierzig Jahre.

„Wozu brauchst du sie?“ fragte ich.

„Und wer wird sie trösten? Niemand außer mir. Gerade die Trauflöcher tröste ich am liebsten. Ich habe keinen eigenen Kummer, so will ich wenigstens den fremden Kummer bezwingen.“

Wir unterhielten uns, unter einer Birke stehend, im plötzlich strömenden Frühlingsregen.

Kosja redete sich vor Vergnügen unter den Schlägen des Regens, der auf seinen nackten, edigen Schädel krachte, und murmelte: „Es tut mir gut, wenn mein Wort eine Träne trocknet.“

Wahrscheinlich hatte er Magenkrebs, sein Atem hatte den Geruch eines faulenden Beidnams, er konnte nicht essen, da er an Erbrechen litt, arbeitete jedoch mühsig, ging lustig auf den Friedhof und starb, während er mit einem anderen Wächter „Schafstopp“ spielte.

Das Buch im Dienste der Freiheit.

Zur Leipziger Kulturwoche.

Während der Leipziger Kulturwoche wird sich in den Messehallen am alten Theater eine Arbeiter-Buch- und Bildausstellung ausstern. Auch der sozialistische Buchhandel wird auf dieser Ausstellung einen Leberhieb über seine kulturellen Leistungen geben. Es ist nicht leicht, diese Leistungen, die sich fast über acht Jahrzehnte erstrecken, geistig zu überschauen. Zu diesem Zwecke gibt jetzt der Verlag J. H. W. Dieck eine Broschüre heraus: Das Buch im Dienste der Freiheit, in der sich der gewaltige Kulturkampf der sozialdemokratischen Arbeiterschaft um ihre Befreiung widerspiegelt.

Die Literatur der Sozialdemokratie läßt sich historisch in sechs Abschnitte gliedern: in die Marx-Engelsche Jugendperiode, in den Lassalleismus, in die Zeit des elektrischen Sozialismus, in die Vorbereitungszeit des Marxismus, in die moderne Frauen- und Jugendbewegung, in die Aufbauphase nach der Revolution 1918. Die Grundgedanken dieser Literaturabschnitte sind in der kleinen Broschüre anschaulich und gemeinverständlich entwickelt. Der Leser erhält eine deutliche Vorstellung von dem Wesen des Marxismus, des Lassalleismus, der modernen Frauen- und Jugendbewegung usw. und zugleich wird ihm die Kenntnis der Literatur vermittelt, durch die er in den einzelnen Perioden der sozialdemokratischen Kulturbewegung heimisch werden kann. Der Buchhändler und der Bibliothekar erhalten wertvolle Winke für ihre den Leser unterwiesende Tätigkeit.

Wer es heute unternimmt, die sozialdemokratische Literatur in ihrem vollständigen gewaltigen Umfang dem Leser in einem Kataloge vor Augen zu führen, der muß ihm einen dicken und schweren Wälzer vorsetzen. Die Abfassung eines solchen sozialdemokratischen Fachkataloges wird einmal im Interesse der Studierenden und der Bibliothekare unerlässlich sein. Notwendiger und drängender ist aber die Herausgabe eines Schrifttums, durch das der Leser schnell in die großen Perioden der sozialdemokratischen Geschichte und in die

Abgänge der sozialistischen Theoretiker eindringen kann. Und die Herausgabe ist heute direkt geboten, da sich die sozialdemokratische Kulturtagung in Leipzig auch ansieht, die weitesten Kreise des deutschen Volkes über die Kulturarbeit der Sozialdemokratie zu unterrichten.

Die Wiederherstellung des Berliner Opernhouses. Die von allen Kunstfreunden längst gewünschte Wiederherstellung des Berliner Opernhouses nimmt erfreulicherweise in diesen Tagen ihren Anfang. Mit den Mitteln, die der letzte Staatshaushalt dafür vorsah, werden zurzeit die Rangtreppen umgebaut. Jeder Rang erhält nunmehr seinen eigenen feuergefährlichen Zugang. Der Umbau erfolgt im übrigen unter strenger Schonung aller künstlerisch wichtigsten und bemerkenswerten Teile des Baus. Er hat eine höchst dankenswerte Nebenwirkung: die gefährlichen Seitentreppe, die seit manig Jahren die Hofstaden des Opernhouses schmückten, werden nunmehr an dem Borderteil des Baus sämtlich fallen, ja sie sind in den letzten Tagen zum größten Teil schon entfernt worden. Die Sicherheit der Opernbesucher wird durch den Umbau der Treppen voll gewährleistet, so daß die Nottreppen am Äußeren des Gebäudes überflüssig wurden. Zeht ist man daran, die kleinen Schäden auszubessern, die die Anbringung der Eisentritte für die Fassade zur Folge hatte. Wenn das Gerüst fällt, wird man die edlen Abmessungen dieser ersten großen Bauausführung des preussischen Architekten Knobelsdorff zum erstenmal seit langer Zeit wieder genießen können. Leider bietet sich ja dann infolge der häßlichen Ueberdachung der Hofstade die Vorderfassade immer noch nicht so, wie sie bis weit ins 19. Jahrhundert hinein gestanden hat, mit der rechtwinklig gebrochenen, im Unterteil gerade nach vorn führenden Treppe, die unter die Säulen und dann in den „Apothekischen Saal“, das heutige Foyer, hinaufführt. Wenn man hier im Interesse der Opernbesucher die Ueberdachung stehen läßt, so könnte doch die nicht minder schreckliche Ueberdachung an der Ostseite jetzt fallen, die ehemals für die Benutzung der kleinen Hofstade angebracht worden ist. Die Seitenfassade aber und besonders die Rückseite sind ja noch immer durch die Erweiterungsbauten in ihrem alten Bestande geschädigt, und der tiefe Schuttbodenbau wird ja auch noch auf unabsehbare Zeit bleiben müssen — bis sich Berlin eine neue Große Oper leisten kann. Für den Augenblick aber wollen wir uns freuen, daß wenigstens die Vorderfassade die größten Schäden losgeworden ist, und daß man nun auch an den Seiten wieder die schönen Bildhauerarbeiten sehen kann, die bisher von den Eisentritten verdeckt wurden.

Die Inselbildung im Nordischen Meer. Zu dem plötzlichen Aufstehen einer kleinen Insel im Nordischen Meer hat die russische Akademie der Wissenschaften ein Gutachten abgegeben, in welchem folgendes ausgeführt ist: Die Insel habe sich infolge von Verschiebungen der Bodenschicht des Schwarzen Meeres gebildet. Das Gebirge, welches das Aufstehen der Insel begleitete, weist auf erdbebenerartige Vorgänge hin, auch ist wahrscheinlich Gas aus dem Meeresboden aufgestiegen. Ähnliche Inselchen haben sich übrigens schon früher gebildet, sie aber niemals lange gehalten, da ihre Bestandteile Schlamm und Sand, der Einwirkung des Meerwassers auf die Dauer keinen Widerstand leisten können.

Dementierter Putsch.

Erklärung der Kommunistischen Partei.

Auf Grund einer Nachricht über kommunistische Putschpläne, die das „Hamburger Fremdenblatt“ brachte und die auch von anderen Blättern übernommen wurde, wurde den Redaktionen von der Pressestelle der K.P.D. folgende Berichtigung zugeleitet:

„Die kommunistische Partei plant weder für Hamburg noch für irgendeinen anderen Teil des Reiches die Belegung von Amtsgebäuden, Bahnhöfen, Banken, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken oder gar die Ermordung von Beamten. Sämtliche über einen angeblichen Putschplan der kommunistischen Partei für den 3. oder 4. August gebrachte Nachrichten sind freie Erfindung.“

Für die kommunistische Partei Deutschlands, K. P. D. A. Wir haben schon beim Auftauchen der neuen Putschmeldungen auf ihre innere Unwahrscheinlichkeit hingewiesen, da in allen Verhandlungen der kommunistischen Organisationen eine erhebliche Putschmüdigkeit zu verzeichnen ist. Wenn solche Meldungen, wie die des „Hamburger Fremdenblattes“, immer noch glauben finden, so ist daran allerdings das Verhalten der K.P.D. selbst schuld. Sie hat doch den Oktoberputsch in Hamburg veranlaßt, dessen Niederwerfung so zahlreiche Opfer kostete. Sie hatte das „schärfste Experiment“ vorbereitet, das mit einer „Oktober-Niederlage“ endete. Sie hatte den mitteldeutschen Zustand organisiert. Sie allein trägt die Verantwortung, wenn Erfindungen weiterer kommunistischer Putschpläne ein gläubiges Publikum finden. Die Berichtigung von K. P. D. und ihre Verbreitung durch bürgerliche Nachrichtenbüros läßt also auf eine wesentliche Besserung schließen.

Ein neuer Kommunistenprozeß.

Leipzig, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am 6., 7. und 8. August tagt der norddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Richter in Leipzig. Zur Verhandlung kommt unter anderem der Hochverratsprozeß gegen die Kommunisten Friedler und Genossen. Ihnen wird die Vorbereitung gewalttätiger Verfassungsänderung zur Last gelegt, insbesondere die Beschaffung von Gewehren, Handgranaten und Sprengstoffen für die kommunistische Partei Deutschlands mit der Hilfe von Unteroffizieren und Mannschaften der Reichswehr im Standort Potsdam im Oktober und November 1923. In unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Prozeß steht der damals gemeldete Selbstmord des Obergefreiten Gräfe am 16. Dezember 1923. Gräfe entzog sich der irdischen Gerechtigkeit aus Furcht vor der zu erwartenden hohen Strafe, indem er an sich selbst Hand legte. Zehn Angeklagte werden auf der Anklagebank erscheinen, von denen vier Unteroffiziere, ein Gefreiter und ein Schütze der Reichswehr angehören.

Leutheuser regiert weiter.

Keine Auflösung des Thüringer Landtages.

Weimar, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldung der „Frankfurter Zeitung“ über eine angeblich bevorstehende Auflösung des thüringischen Landtages muß als unzutreffend bezeichnet werden. Von einer parlamentarischen Mäßigkeit kann bei den Regierungsparteien im jetzigen Landtage keine Rede sein. Auch der vorgeschobene Auflösungsgrund der Verhinderung der Abgeordnetenzahl von 72 auf 53 kann nicht als stichhaltig angesehen werden, da der Landtag erst im Herbst des Landtagswahlgesetzes ändern dürfte. Es ist daher nicht anzunehmen, daß in Kürze Neuwahlen in Thüringen stattfinden. Die „Ordnungsparteien“ sehen keine Veranlassung, die durch die Wahlen unter dem Reichswehrgeneral Halle geschaffene Position der Ordnungsbund-Regierung in Gefahr zu bringen. Sie würden bei Neuwahlen sehr erheblich schlechter abschneiden, da der Reichstags auch in einem großen Teil des Bürgertums Mißfallen erregt hat. Der Landtag ist bis September in Ferien gegangen, es tagen nur einige Ausschüsse. Bei seinem Wiederzusammentritt wird der Landtag den Etat verabschieden. Dann wird die thüringische Landespolizei auf

Eine deutsche Erfindung zur Ausbeutung von Kohlenvorkommen. Nach einer Meldung des „Telegraph“ werden zurzeit mit einem von dem deutschen Geologen Dr. Rintrop erfundenen Apparat im südlindenburgischen Kohlenbecken durchaus erfolgreiche Untersuchungen nach Kohlenvorkommen angestellt. Es handelt sich um einen dem Seismographen ähnlichen Apparat, der die durch die Dynamitexplosionen in den Kohlenlagern hervorgerufenen Erschütterungen registriert. Die durch den Apparat registrierten Erschütterungen werden nach einem Schlüssel verrechnet. Das Resultat ergibt dann die Lage des Kohlenvorkommens. Die Versuche, die mit dem Apparat Dr. Rintrops unter Aufsicht des Geologischen Instituts für den niederländischen Bergbau zur Erforschung der Tiefenlage der Kohlenvorkommen des Amburgischen Steinkohlenbeckens unternommen wurden, haben durchaus günstige Ergebnisse gezeigt.

Aufnahmen von New York aus 5000 Meter Höhe. Ein neuer Stadiplan von Groß-New York ist durch photographische Aufnahmen vom Flugzeug aus geschaffen worden. Wie in der „Frankfurter „Umschau“ ausgeführt wird, mußten dazu eigene Flugzeuge gebaut werden, die mit besonders dafür geeigneten Kamera-Apparaturen ausgerüstet waren. Die Augenlinsen, die Objektiv der Kameras, die dazu verwendet wurden, stammen aus Deutschland von der Firma Carl Zeiss. Die Aufnahmen erfolgten aus Höhen, in denen ein Flugzeug mit bloßem Auge überhaupt nicht mehr erkennbar ist. Die Flieger mußten bis zu 4800 Meter aufsteigen, um die ganze Riesenstadt mit ihren 16 000 Quadratkilometer Fläche auf die Platten zu bekommen. 25 Zentimeter des Photos entsprechen 600 Meter im Gelände. Danach mißt der Gesamtplan etwa 3 Meter zu 2,50 Meter. Die eigentliche City wurde dann noch in größerem Maßstab aufgenommen, und zwar entsprechen hier 2,5 Zentimeter 180 Meter in der Natur. Diese Karte mißt 6,70 Meter zu 7,35 Meter. Es waren für den New Yorker Stadtplan über 2000 Aufnahmen nötig, und trotzdem ein ganzes Geschwader von Flugzeugen daran arbeitete, dauerte die Herstellung doch sehr lange. Es sind nämlich nur wenige Tage für ein solches Kartierungswerk geeignet. Die Luft muß ganz klar sein, denn schon die geringsten Wolkenschichten lassen das Panorama aus 5000 Meter Höhe verschwommen erscheinen. Außerdem konnte die Küstenlinie von New York nur zur Ebbezeit aufgenommen werden. Trotz aller Schwierigkeiten gelang das Werk. Die Kartenbilder zeigen die kleinsten Einzelheiten, jedes Gebäude, die Brücken, die Züge der Hochbahn, das Menschengewimmel in den Brennpunkten des Verkehrs. Jeder New Yorker kann auf diesem neuen Plan mit Bestimmtheit seine Wohnung und seine Arbeitsstätte herausfinden.

Eine neue Form von Werkstudentenarbeit. In Würzburg haben die Berufsleute der Kunst- und Kulturgeschichte der Stadt einige Studenten darauf vorbereitet, Fremden eine lachende und anregende Führung durch Würzburgs Kunstdenkmäler zu leisten. Der seltsame Vase als Modellschüler. Der Vase hat, veranlaßt durch die ihm nicht zulaufende Mode in der Damenkleidung, Gelegenheit genommen, die Formen der Vase zum einen Weltberühmter für einmoderne Frauenkleidung aufzulockern. Die eingereichten Modelle sollen von einer nationalen Jury geprüft und die besten mit einer Medaille ausgezeichnet werden. Zwei Vertreter der „Schönen Künste“. Die französische Akademie der Künste hat den König von Spanien und G. D. Modeller zu Mitgliedern gewählt.

1200 Mann vermehrt werden. Als unser Genosse Hermann Innenminister war, bewilligte man ihm nur 700 Mann. Der Haushaltsplan sieht auch erhebliche Mittel für die Verlegung von Reichswehr nach Thüringen vor, wo bisher keine Reichswehr lag. Die thüringischen Handwerkskammern und Industriellen haben sich schon vor längerer Zeit bereit erklärt, aus eigenen Mitteln Wohnhäuser für Reichswehroffiziere und Unteroffiziere zu erbauen! Für die wohnungslosen Arbeiter haben die Herrschaften bekanntlich nie Geld zum Wohnungsbau übrig.

Staatsgelder für Ehrhardt-Leute?

Die bayerische Regierung erklärt.

München, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Finanzausschuß des Bayerischen Landtags nahm am Dienstag Finanzminister Krausnick Stellung zu der vom Genossen Kuer in der vorigen Sitzung angeschnittenen Frage der Zusammenhänge zwischen der Goldmünze des Herrn von Kahr „für die darbenende Jugend“ und den Krediten, die die Bayerische Staatsbank dem jetzt bankrotten Bankhaus Neufville in Frankfurt im Herbst 1923 gewährt hat. Der Finanzminister gab zu, daß Kahr damals von der Regierung eine Million Goldmark zur Binderung der Hungersnot verlangt habe, um diese Summe selbst zu verteilen. Er habe ihm aber ungenügend erklärt, daß die bayerische Finanzministerium vollständig außerstande sei, diesem Ersuchen zu entsprechen. Da Herr von Kahr keine Gelder zur Verfügung gestellt bekommen hätte, entfielen auch alle Kombinationen nach dieser Richtung. Es wäre möglich, daß Kahr über andere Staatsgelder verfügt hätte; über Gelder, die in der Staatsbank lagern, hätten nur deren Verwalter zu verfügen. Da es nach Meinung des Finanzministers ausgeschlossen sei, daß Kahr über Gelder der Staatsbank verfügen konnte, bliebe nur die Möglichkeit, daß er fremde Privatgelder nach Frankfurt überwiesen hätte. Aber auch darüber sei nichts bekannt. Er als Finanzminister habe seinerzeit Kahr keinen Zweifel darüber gelassen, daß er Anordnungen und Verfügungen des Generalkontraktverwalters in finanzieller Hinsicht ablehnen werde. Bei den in Frage kommenden Frankfurter Geldern der Staatsbank handele es sich um Umlagegelder von 24 Niederlagen der Bayerischen Staatsbank. Herr v. Knilling hat in einem Briefe erklärt, daß die auf ihn bezügliche Anfrage eine halblöbliche Verleumdung sei. Dieser Erklärung des ehemaligen Ministerpräsidenten gegenüber fand es Genosse Kuer um so verwunderlicher, daß Kahr als Hauptbeteiligter keinen Anlaß nehme, sich zu äußern. Außerdem stellte er dem Finanzminister die Frage, ob es richtig sei, daß einem Nürnberger Blatt, das zuerst die Mitteilung über diese Vorgänge gebracht habe, von der Staatsbank mit Kreditentziehung gedroht worden sei. Krausnick erwiderte, er würde eine solche Haltung entschieden mißbilligen. Kuer verlangte zum Schluß, daß Kahr in dieser Angelegenheit zur Rede gestellt werde.

Bayern und die Reichsbahn.

Verhandlungen über bayerische Reservate.

München, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch begannen in München die seit längerer Zeit angekündigten Verhandlungen der Reichsregierung mit den zuständigen bayerischen Stellen über die Eingliederung des bayerischen Eisenbahnnetzes in den neuen Betriebsorganismus der Reichsbahn, wie er auf Grund des Sachverständigengutachtens durch das Organisationskomitee vorgeschlagen worden ist. Als Unterhändler des Reiches führen die Verhandlungen Reichsverkehrsminister Dezer und Reichsfinanzminister Lutzer, während von Bayern Handelsminister v. Meinel, Finanzminister Krausnick und Ministerpräsident Heß bestimmt sind. Heß wird diese Vorgänge gebracht haben, von der Staatsbank mit Kreditentziehung gedroht worden sei. Krausnick erwiderte, er würde eine solche Haltung entschieden mißbilligen. Kuer verlangte zum Schluß, daß Kahr in dieser Angelegenheit zur Rede gestellt werde.

Deutsch-russisches Kompromiß.

Beilegung des Zwischenfalls in der Handelsvertretung.

Gestern mittag wurde im Auswärtigen Amt von dem Reichsminister Dr. Stresemann und dem Geschäftsträger der U.S.S.R. Volkswirtschaftsrat Bratman-Brodowski ein Protokoll über die Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalls unterzeichnet. Das Protokoll hat folgenden Wortlaut:

Geleitet von dem Bestreben, den durch die Vorgänge in der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 3. Mai hervorgerufenen Zwischenfall in freundschaftlicher Weise beizulegen, haben die deutsche Regierung, vertreten durch den Reichsminister des Auswärtigen, Herrn Dr. Stresemann, und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, vertreten durch ihren Geschäftsträger Herrn Bratman-Brodowski, die Unterzeichnung folgenden Protokolls vereinbart:

1. Die beiden Regierungen haben den Notenwechsel über den Zwischenfall als abgeschlossen an.
2. Die deutsche Regierung erklärt, daß das Vorgehen der Polizeibehörden in Berlin gegen die Handelsvertretung am 3. Mai eine eigenmächtige Aktion der deutschen Polizei darstellt. Sie gibt der Auflösung Ausdruck, daß die Polizeibehörden am 3. Mai zugegangene Meldung über das Entweichen von Genhardt keineswegs als Grund für die von der Polizei angeordnete Aktion dienen konnte. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mißbilligt sie diese Aktion

und bedauert, daß der Zwischenfall dadurch eine solche Ausdehnung erhalten hat. Sie bringt der Sowjetregierung zur Kenntnis, daß der Weiter der Aktion seiner bisherigen Dienst-tätigkeit entzogen worden ist. Wegen der von deutschen Beamten gegen exterritoriale Beamte der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken getroffenen Maßnahmen hat die deutsche Regierung bereits ihr Bedauern ausgesprochen. Die schuldigen deutschen Beamten werden bestraft werden.

3. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, den von deutschen Beamten im Gebäude der Handelsvertretung verschuldeten Materialschaden in entgegenkommender Weise zu ersetzen.

4. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestätigt, daß sie in Übereinstimmung mit den geschlossenen Verträgen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit allen ihren Beamten und Angestellten, also auch den Mitarbeitern der Handelsvertretung verboten hat, in irgendeiner Weise an dem innerpolitischen Leben Deutschlands teilzunehmen, und wird für die Innehaltung dieses Verbotes, das sich naturgemäß nicht auf das Verhalten deutscher Angestellter außerhalb ihrer Tätigkeit für die Handelsvertretung erstreckt, nach wie vor Sorge tragen. Sie wird unter diesem Gesichtspunkt auch die in Verbindung mit dem vorliegenden Zwischenfall entstandenen Fragen behandeln.

5. Beide Regierungen erkennen an, daß durch den Zwischenfall am 3. Mai die Rechtsstellung der Handelsvertretung, wie sie sich aus den geschlossenen Verträgen ergibt, nicht geändert worden ist. Da sich jedoch anlässlich des Zwischenfalls Meinungsverschiedenheiten über die Tragweite der nach diesen Verträgen der Handelsvertretung zustehenden besonderen Vorrechte ergeben haben, sind die beiden Regierungen übereingekommen, daß von der

Eisenbahnen fordern und dann selbständig mit der Entente über die Beilegung des bayerischen Netzes an der Reparationslast verhandeln. Von dieser Absicht ist man schnell wieder abgekommen, da man für eine selbständige bayerische Staatsbahn ein großes Defizit befürchtete, das vor dem Kriege immer vorhanden gewesen ist. Mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage Deutschlands, wie man jetzt sagt, wurde von dem ursprünglichen Plan Abstand genommen. Man will sich jetzt begnügen mit der Bildung einer eigenen bayerischen Betriebsgesellschaft im Rahmen des Statuts des Organisationskomitees. Offiziell verlautet, daß Bayern nur unter dieser Bedingung die nach § 8 des Staatsvertrages notwendige Zustimmung zur Umwandlung der Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft geben wird. Bayern verlangt dabei auch, daß das pfälzische Eisenbahnnetz in die bayerische Betriebsgesellschaft mit einbezogen wird.

Amerikanischer Verlegenheitsvorschlag.

London, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Erst am Dienstag wird bekannt, daß die erste Kommission am Montag sich vor einem amerikanischen Vorschlag gestellt sah, der praktisch darauf hinauslief, nach dem Scheitern sämtlicher bisherigen Kompromißversuche eine Arbeitskommission einzusetzen, bis Deutschland, die Bankiers und die Reparationskommission zu einem Ergebnis über die aufgeworfenen Probleme kommen. Da dieser Vorschlag offenbar das Produkt der Verlegenheit ist, ergab sich auf Anfrage, daß er abgelehnt werden wird, zumal die Franzosen eine neue Kompromißformel in Aussicht gestellt haben. Inzwischen gingen die Besprechungen weiter. Außerdem fand eine Zusammenkunft der amerikanischen und britischen mit den französischen Bankiers statt. Gleichzeitig wurde von anderer Seite ein Kampf gegen die vorgeschlagene Anleihe aufgenommen. Nachdem seit einigen Tagen die Rotheimer-Presse im angeblichen Interesse der britischen Wirtschaft gegen die Anleihe agitiert hat, ließ nunmehr der Reichsverband der britischen Fabrikanten ein Unterhaus eine Eingabe einreichen, die gegen die Anleihe protestiert. Die Bedeutung dieses Schrittes ist allerdings gering, da im Falle einer Einigung der Politiker der finanzielle Erfolg der Anleihe durch diese Aktion nicht gefährdet wird.

Der augenblickliche Zustand der Konferenz entlockt dem „Manchester Guardian“ die Feststellung, es habe sich neben der Konferenz eine zweite Konferenz von Genava aufgetan. Auf die kürzeste Formel gebracht, sieht das Blatt das wesentliche der Vorgänge darin, daß die Franzosen als Tauschobjekt für ihre Nachgiebigkeit in der militärischen Räumung des Ruhrgebiets von Großbritannien Erleichterungen in der Frage der interalliierten Schulden fordern. Es ist unwahrscheinlich, daß Macdonald sich auf eine Diskussion über eine zweite Konferenz einlassen wird, der die Schuldenfrage vorbehalten sein sollte, zumal in den Konferenzkreisen angenommen wird, daß Frankreich auch ohne Zugeständnisse in der Frage der militärischen Räumung Nachgiebigkeit zeigen wird. Mit Nachdruck wird festgestellt, daß sich die Konferenz selbst keineswegs mit der Frage der militärischen Räumung beschäftigen werde, daß dieses Problem vielmehr mit den Deutschen lediglich außerhalb des Konferenzrahmens erörtert werden würde.

Hughes gegen den Völkerhaß.

Paris, 29. Juli. (W.T.B.) Staatssekretär Hughes ist heute vormittag mit seinem Kollegen von der französischen Unruhmäßigkeitsvereinigung empfangen worden. In einer Ansprache erklärte er: Wir kommen, um mit Ihnen gemeinsam in jenem unsichtbaren Tempel der Gerechtigkeit und in jenem großen Gebäude niederzuknien, in dem das Beste von dem vereint ist, was die Völker im Laufe der Zeiten gedacht haben. Die Verehrer des Rechts kennen keinen Unterschied der Rasse, des Landes und des Standes.

Gesamtheit der gegenwärtig zur Handelsvertretung gerechneten Räumlichkeiten im beiderseitigen Einvernehmen ein

zusammenhängender Komplex von Räumlichkeiten

der eigentlichen Handelsvertretung, der von dem übrigen Teil des Gebäudes vollständig getrennt wird, und einen eigenen Strahleneingang besitzt, als unwiderruflich abgefordert wird. Als eigentliche Handelsvertretung gilt die Gesamtheit der exterritorialen Mitarbeiter und der von ihnen geleiteten Abteilungen mit den zugehörigen Räumlichkeiten. Die Zerteilung des Hauses in zwei gänzlich getrennte Teile geschieht gemäß dem beigestimmten Plan, der als Bestandteil der vorliegenden Abmachung gilt. Durch diese Abänderung werden die aus dem Abkommen vom 6. Mai 1921 stichenden sonstigen Rechte und Befreiungen der Handelsvertretung nicht berührt; insbesondere bleiben für die übrigen zur Handelsvertretung gerechneten Räumlichkeiten die Bestimmungen im Absatz zwei des Artikels II des Abkommens in Geltung. Diese provisorische Verständigung bleibt während der Dauer des Abkommens vom 6. Mai 1921 in Kraft. Beide Regierungen werden inzwischen, geleitet von dem Wunsche, den Handelsvertrag tunlichst bald abzuschließen, bestrebt sein, die Verhandlungen spätestens im Laufe dieses Jahres nach Unterzeichnung dieses Protokolls zum Abschluß zu bringen.

6. Beide Regierungen werden dafür Sorge tragen, daß die beteiligten Dienststellen etwaige aus Anlaß des Zwischenfalls getroffenen Maßnahmen befeitigen.

den durch diese Maßnahmen veränderten Zustand, wie er vor dem Zwischenfall bestanden hat, wiederherstellen und keine neuen beratenden Maßnahmen mehr treffen.

7. Das Protokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft. Es wird in deutscher und russischer Sprache ausgefertigt. Beide Texte gelten als authentisch.

Wenn man in Zukunft ein Beispiel dafür suchen wird, wie außenpolitische Konflikte durch Nachgiebigkeit unter Außerachtlassung aller Prestigegegründe geregelt werden, so wird man diesen Fall heranziehen können. Denn rechtlich ist der Standpunkt der preussischen Polizei, daß das Gebäude der Handelsdelegation nicht exterritorial war, durchgedrungen, trotzdem wird über die vorgenommene Hausführung das Bedauern ausgesprochen und ihre Urheber werden sogar bestraft! Die Frage der Exterritorialität wird unter Hinzuziehung eines Architekten durch ein Kompromiß geregelt, und die deutsch-russische Freundschaft auf diese Weise wiederhergestellt.

Wir begrüßen diese Freundschaft ohne jeden Hintergedanken und geben der Erwartung Ausdruck, daß sie von keiner Seite gefordert werden möge. Es darf daran erinnert werden, was der Ursprung dieses Zwischenfalls war: nämlich der Argwohn deutscher Behörden, daß Kräfte in und aus Rußland — trotz der dort herrschenden Unfreiheit, also im Einverständnis mit dortigen Regierungsstellen — sich nicht ganz in freundschaftlicher Weise in die inneren deutschen Verhältnisse einmischten. Nur wenn solche Einmischungen von beiden Seiten unterlassen werden, ist eine Freundschaft auf dem Boden der Gleichberechtigung hergestellt.

Gewerkschaftsbewegung

Das englische Achtstundengesetz.

Die englische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Arbeitszeit zugehen lassen, der in seinen Grundzügen sich dem Abkommen von Washington über den Achtstundentag anpaßt. Das Gesetz beschränkt die Arbeitszeit in der Industrie auf acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich. Dem Gesetz sind sämtliche gewerbliche Unternehmungen unterstellt, mit Ausnahme der Landwirtschaft, des Handels, der Schifffahrt, der Fischerei und des Bergbaues. Für letzteren ist die Arbeitszeit auf sieben Stunden unter Tage beschränkt. Nicht anwendbar ist das Gesetz auf Personen in leitender Vertrauensstellung, die keine Handarbeit verrichten und deren Bezahlung so gehalten ist, daß sie eine eventuelle Ueberzeit einbegreift.

Der Achtstundentag ist nach dem Gesetz überall dort nicht durchzuführen, „wo durch Gesetz, Brauch oder Abkommen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen“ die Arbeitszeit weniger als acht Stunden an einem oder mehreren Tagen der Woche beträgt. In diesen Fällen kann die tägliche Arbeitszeit bis zu neun Stunden ausgedehnt werden, ohne jedoch insgesamt mehr als 48 Stunden die Woche zu betragen. Für Schichtarbeiter kann die Arbeitszeit 48 Stunden überschreiten, vorausgesetzt, daß die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden nicht 48 Stunden die Woche überschreitet. In diesem Falle darf aber eine Schicht nicht mehr als 56 Stunden in einer Woche betragen. Der Arbeitsminister hat außerdem das Recht, einem eventuellen Abkommen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zuzustimmen, wonach unter außerordentlichen Umständen die 48-Stunden-Woche als unpraktisch erscheinen kann, vorausgesetzt jedoch, daß die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden 48 Stunden die Woche nicht überschreitet.

Eine Ueberschreitung des Achtstundentages ist zulässig bei Unfällen, in dringenden Fällen, wo maschinelle Arbeitskraft einzusetzen ist, und in Fällen der höheren Gewalt.

Das Gesetz legt fest, daß jede Arbeitszeit, die den Achtstundentag überschreitet und in den vorgenannten Fällen gestattet wird, als Ueberstunden zu bewerten ist und den Vorschriften des Arbeitsministers untersteht, der vorher die beiderseitigen Organisationen zu hören hat. Nach dem Gesetz — und das ist eine grundsätzliche Neuerung von wesentlicher Tragweite — müssen diese Ueberstunden mindestens 25 Proz. höher bewertet werden als der übliche Stundenlohn beträgt. Soweit Abkommen bestehen, die in diesem Punkte günstiger für die Arbeitnehmer sind, bleiben sie in Kraft.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes, das am 1. Mai 1925 in Kraft treten soll. Der Minister hat die Vollmacht, unter besonderen Umständen für gewisse Industrien das Inkrafttreten des Gesetzes um sechs Monate hinauszuschieben. Mit diesem Gesetz wird die grundsätzliche Erklärung der englischen Regierung, das Abkommen von Washington zu ratifizieren, in die Praxis umgesetzt. Bemerkenswert ist, daß das Gesetz sehr elastisch ist, doch zugleich nicht nur „grundsätzlich“, sondern auch tatsächlich am Achtstundentag festhält. Hervorzuheben ist auch, daß die Mehrarbeit als solche höher bewertet werden muß.

Wenn die Verordnung für die Arbeitszeit in Deutschland, die „grundsätzlich“ am Achtstundentag festhält, praktisch aber eine Verlängerung bis zu zehn Stunden zuläßt, von vornherein festgelegt hätte, daß die Arbeitszeit, die die acht Stunden überschreitet, mit einem Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen ist, dann würden uns in Deutschland Riesenkämpfe erspart worden sein. Denn dann würden die Unternehmer nur in den dringendsten Fällen von diesem Recht, das sie sich auf dem Wege der sogenannten „Schiedsprüche“ geschaffen, Gebrauch gemacht haben. Der englische Gesetzentwurf schlägt alle Argumente nieder, die gegen die Ratifizierung des Abkommens von Washington in Deutschland vorgeschoben worden sind.

Die Lage in Polnisch-Oberschlesien.

(Von unserem ober-schlesischen Mitarbeiter.)

Kattowitz, 29. Juli. Vor wenigen Tagen ist die Garnison von Kattowitz verstärkt worden und auch nach Königshütte und anderen Industriestädten will man in aller Stille Militär schaffen. Die Industriellen sind in ihrem neuen Denkschriften an die polnische Regierung noch deutlicher geworden wie im ersten. Sie fordern für den Bergbau vollständig freie Hand gegenüber den Arbeitern, und die Regierung scheint dem nachgeben zu wollen.

In Kattowitz selbst merkt man eigentlich wenig von der Krise. Das Straßenleben flutet wie sonst dahin. Aber in Königshütte erhält man schon ein ganz anderes Bild von den Dingen. Da stehen die Arbeiter der Hütten zu Tausenden auf der Straße herum, dazwischen bewegen sich die Polizeibeamten, immer zu dreien, den Karabiner auf der Schulter. Für Ostoberschlesien ist Alkoholverbot angeordnet. Immer ein Zeichen, daß die Lage bedenklich ist. Die Königshütte steht vollständig still, die Rohstandsarbeiten werden nur von Beamten verrichtet. Allen Arbeitern ist getündigt. In anderen Hütten ist es ebenso. Auch die Zinkhütten stehen.

Die Stimmung wird erst dann verständlich, wenn man hört, daß z. B. die Königshütte schon seit Januar bis Juni nur drei Schichten in der Woche arbeiten ließ. Vom Juli bis 8. Juli durfte jeder Arbeiter sogar nur eine Schicht wöchentlich arbeiten, damit seine Versicherungsansprüche gewahrt blieben. Seit dem 22. Juli ruht der Betrieb ganz und die Unternehmer werden erst dann wieder die Tore öffnen, wenn die Regierung und die Arbeiter zu Kreuze gekommen sind. Bezeichnend ist, daß die Industriellen ihr Vorgehen damit begründen, daß ihnen nach der Verlängerung der Arbeitszeit in Westoberschlesien und der dadurch verstärkten Konkurrenz der deutschen Werke nichts anderes übrig blieb. Sie gehen aber in ihren Forderungen weit über das hinaus, was in Westoberschlesien den Arbeitern geboten wurde. Es ist daher anzunehmen, daß auch hier sehr bald die Industriellen wieder angreifen werden.

Der Lohn in den Eisenhütten ist für Polnisch-Oberschlesien für den Juli um 30 Proz. herabgedrückt worden. Er soll am 1. August noch um weitere 20 Proz. gesenkt werden, so daß dann

Die Arbeiter also die Hälfte ihres bisherigen Lohnes verdienen. Gleichzeitig beabsichtigt man, ihnen die Deputatlohn zu entziehen. Ein harter Schlag, besonders für die Halbarbeiter, die Invaliden. Aber auch den Bergarbeitern will man mit ähnlichen Maßnahmen kommen. Man kann sich also denken, wie gereizt die Stimmung ist.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, steht also Polnisch-Oberschlesien wieder einmal vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Am Sonntag hat im Hindenburg-Gewerkschaftshaus eine sehr stark besuchte Versammlung der Arbeiter stattgefunden, die in Polnisch-Oberschlesien arbeiten und im deutschen Teile wohnen. Es handelt sich hier um viele Tausende, die sicher in absehbarer Zeit in Polnisch-Oberschlesien keine Arbeit mehr finden, aber auch in Deutsch-Oberschlesien schwerlich beschäftigt werden können. Sie tragen auch dazu bei, das Elend zu vermehren.

Generalfreist in Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 29. Juli. (U.) Die Gewerkschaften aller Richtungen Polnisch-Oberschlesiens verkünden den Generalfreist. In einem Aufruf, der sich an die Bergarbeiter, Metallarbeiter und an die Angestellten wendet, heißt es: Die letzte Frist, die die Gewerkschaften der Regierung gegeben haben, ist abgelaufen. Die Antwort der Regierung auf unsere Forderungen vom 26. Juli ist vollkommen unbefriedigend. Die schwere Lage der Metall- und Hüttenarbeiter droht auch allen Bergarbeitern. Es ist von allen Gewerkschaften beschlossen worden, daß nunmehr auf der ganzen Linie der Abwehrstreik in Kraft tritt, und zwar für die noch nicht im Streik stehenden Berg- und Metallarbeiter ab Mittwoch, den 30. Juli, früh 6 Uhr. Die unentbehrlichen Rohstandsarbeiten sind auszuführen.

Streikhefte des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Vom Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

In Nr. 347 der „Deutschen Tageszeitung“ vom 26. Juli wird in einer Drahtmeldung aus Halle berichtet, der Deutsche Landarbeiterverband habe, nachdem die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern Sachfen-Anhalts ergebnislos verlaufen sind, eine schieferhafte Tätigkeit für einen Erntestreik der Landarbeiter entfaltet. Weiter wird vermerkt, daß an einzelnen Stellen die Landarbeiter schon befristete Forderungen auf Lohnherabsetzung gestellt haben und, als diese abgelehnt wurden, damit gedroht hätten, in den Streik zu treten, sobald der Befehl von oben käme. Auch den kommunistischen Land- und Waldarbeiterverband läßt man in der Drahtmeldung mit der Betonung aufmarschieren, dieser habe die Landarbeiter aufgefordert, sich marschbereit zu halten zum Kampf, da die Ernte vor der Tür stehe.

Soweit die Tätigkeit des Deutschen Landarbeiterverbandes in Betracht kommt, enthält diese Drahtmeldung, deren Urheber man wohl in der Leitung der landwirtschaftlichen Arbeiterorganisation für Sachfen-Anhalt zu suchen hat, nichts wie einen aufgelegten Schwindel. Wenn die Landarbeiter Mitteldeutschlands heute empört sind, ist das nicht die Folge irgendeiner Streikhefte des Deutschen Landarbeiterverbandes, sondern die selbstverständliche Auswirkung der völlig unverständlichen Haltung der Arbeitgeber. Folgende kurze Darstellung der letzten Lohnbewegung der Landarbeiterschaft Mitteldeutschlands möge das beweisen:

Im April reichte der Deutsche Landarbeiterverband Lohnforderungen ein. Hieraus reagierten die Arbeitgeber mit nichts anderem als mit ausweichenden und verschleppenden Antworten, obwohl der unparteiliche Vorsitzende des Tarifamts für Sachfen-Anhalt, Dr. Püllens-Magdeburg (gleichzeitig amtlicher Schlichter für Mitteldeutschland), eine Lohnherabsetzung für unbedingt erforderlich hielt. Erst in den letzten Tagen des Monats Mai wurde endlich nach endlosen Verhandlungen durch den amtlichen Schlichter Dr. Hoepfer-Erfurt ein Schiedspruch gefällt, der eine Lohnherabsetzung von 1 Pf. pro Stunde für die Bondgebiete und eine solche von 2 Pf. pro Stunde für die Stadtgebiete zuließ. Zu weiteren Zugeständnissen glaubte Dr. Hoepfer, der die Lohnforderung des Deutschen Landarbeiterverbandes für durchaus berechtigt hielt, wegen der Notlage in der Landwirtschaft nicht gehen zu dürfen. Die Arbeitgeber erhoben gegen diesen Schiedspruch beim Reichsarbeitsministerium Einspruch mit dem Erfolge, daß dieses, wie nicht anders zu erwarten war, die Verbindlichkeitsklärung des Spruches ablehnte.

Inzwischen reichte der Deutsche Landarbeiterverband eine neue, auf eine Zulage von 25 Proz. abzielende Forderung ein. Die Unternehmer beantragten dagegen einen Lohnabbau von 20 Proz. mit der Erklärung, eventuell bis zum 25. August auf die Erfüllung des Antrages verzichten zu wollen. Begründet wurde der Antrag der Arbeitgeber mit der Feststellung, die jetzigen Löhne seien zu hoch und nicht mehr tragbar.

Um die Gefährlichkeit dieses ganzen Verhältnisses richtig würdigen zu können und um zu verstehen, weshalb die mitteldeutsche Landarbeiterschaft so entrüstet ist, muß man in Betracht ziehen, daß in Sachfen, im Freistaat Sachsen, in Hessen und Thüringen erst in allerletzter Zeit Not- bzw. Erntezulagen festgelegt wurden. Man muß auch wissen, daß die einzelnen sächsischen Landwirte den Landarbeitern jetzt immer häufiger erklären: Daß wir im nächsten Jahre mit Euch keinen Tarifvertrag mehr abschließen, ist selbstverständlich, wie es selbstverständlich ist, daß am 25. August Euer Lohn um 20 Proz. gekürzt wird.

Lohnabbau mitten in der Erntezeit! Braucht man vielleicht eine derartige Aufpeitschung der öffentlichen Meinung, um damit auf Regierung und Parteien antreibend zu wirken im Interesse einer schnelleren Durchbringung der Schutzlohnforderungen? Die ganze Tätigkeit des Arbeitgeberverbandes in Mitteldeutschland läßt eine solche Vermutung nur als zu begründet erscheinen.

Ein „Ideallohntarif“ auf dem Lande.

Zehn Pfennig die Stunde.

Die Herren Agrarier sind bekanntlich sehr nocheinbende Herrschaften. Sie selbst allerdings merken von der Not nicht viel, um so mehr aber ihre Arbeiter, denen sie Hunger- und Schandlöhne bezahlen. Ein nahezu unglaublicher Fall von Lohnschinderei wird uns von dem Gut Markgrafshof bei Kleinbeeren mitgeteilt. Der Herr Besitzer brauchte notwendig weibliches Arbeitspersonal für leichte Feldarbeit, wie er dem städtischen Arbeitsamt der Stadt Berlin mitteilte. Er erhielt auf seine Anforderung etwa dreißig Frauen und Mädchen. Die Engagierten mußten zunächst feststellen, daß es sich nicht um leichte Arbeiten handelte, sondern daß sie sich allerdings so ziemlich alle Arbeiten verrichten mußten, die während der Ernte auf dem Lande zu leisten sind. Bei einer zehneinhalbstündigen Arbeitszeit erhielten sie einen Stundenlohn von zehn Pfennigen. Nach Abzug der Krankenkassen-, Invaliden- und Steuerbeiträge (Steuer darf von diesem geringen Einkommen überhaupt nicht abgezogen werden), blieb den Frauen kaum so viel Geld, um die Rückfahrt nach Berlin zu bezahlen. Nach ein paar Tagen wandten sie sich beschwerdeführend an den Inspektor, der Abhilfe versprach, ohne daß sich etwas an der ebenen Bezahlung änderte. Darauf legten die Arbeitenden die Arbeit nieder und machten Anzeige beim Amts- und Gemeindevorsteher, der die Verhältnisse als unglaubliche Schanderei bezeichnete und mehreren der ausgenutzten Frauen ein paar Mark Armenunterstützung gab.

Nun wird gewiß mancher annehmen, daß man auf dem Gut Markgrafshof versucht habe, die erste Bezahlung durch gute Verpflegung wertzumachen. Weit gefehlt. Die Frauen erhielten für die Woche 1/2 Pfund rohes Schmalz, 1/2 Pfund Margarine, 25 Pfund Kartoffeln und 6 Pfund Brot. Keinen Kaffee am Morgen und kein warmes Mittagessen. Schlafen mußten sie auf Strohläden in einer Baracke.

Verbandstag der Feuerwehrlente.

Der im Jahre 1908 gegründete Verband Deutscher Berufsfeuerwehrlente hält am 6., 7. und 8. August seinen 10. Verbandstag in Leipzig, Volkshaus, Zeißer Straße 32, ab. Die Tagesordnung umfaßt 14 Punkte. Neben dem Bericht des Vorstandes sind die wichtigsten Beratungspunkte Organisationsfragen, bei denen zum ersten Male die Vermittlung des Berufsverbandes mit einer Großorganisation (Staats- und Gemeindefeuerwehrlente Deutschlands) auf dem Verbandstag diskutiert wird, ferner der Kampf um die Wachdienstzeit, Beförderungsfragen, Neuorganisation der Berufsfeuerwehren und die Feuerwehrlente im Privatbetrieb.

Der Verband hat unter der wirtschaftlichen Depression und dem Personalabbau gelitten. Insbesondere in der Privatindustrie ist die Zahl des Feuerwehrpersonals stark vermindert worden. Durch den wirtschaftlichen Druck sind die Löhne bei der Umstellung auf Goldbasis sehr herabgedrückt worden. Den Organisationen mit ihren von der Inflation geplünderten Kassen war es nicht möglich, dieses Verhängnis abzuwehren. Ein Teil der Mitglieder hat deshalb den Kampf aufgegeben und der Organisation den Rücken gekehrt. Sie müssen für den Kampf wieder gewonnen werden. In den Städten hat ebenfalls der Personalabbau gewütet, von dem auch das Feuerwehrpersonal nicht verschont geblieben ist. Der Verband umfaßt etwa 80 Proz. aller Berufsangehörigen, ein außerordentlich hoher Prozentsatz. Die Feuerwehrleute sind gewerkschaftlich so geschult, daß abgesehen von der im Zentralverband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens (Kombi) vorhandenen Fachgruppe, die ein bestehendes Dasein fristet, aber sich doch fühlend und zerstörend in die Arbeiten des Berufsverbandes drängt, Spalterorganisationen nicht vorhanden sind.

Es ist zu hoffen, daß der Berufsverband auf seiner Tagung fruchtbar Arbeit leisten wird. Wenn auch noch nicht zu erwarten ist, daß die Frage der Verschmelzung endgültig gelöst wird, wird doch die Beratung dieser Frage den großen Gewerkschaftsgedanken, Schaffung großer leistungsstärker Verbände, fördern. Die übrigen zur Beratung stehenden Fragen werden doch sorgen, daß die in der Organisationsdebatte erhobenen Einwände sich rasch beruhigen und alle Vertreter sich in dem einmütigen Willen der Abwehr drohender Verschlechterungen durch die geschlossene Gewerkschaft zusammenfinden.

Kurzarbeit im Ruhrbergbau.

Bochum, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Feierschichten im Ruhrbergbau erweitern sich täglich. Neuerdings haben die Verwaltungen der Werke „Vergmannsglad“ und „Henrichshütte“ Kurzarbeit eingeführt.

Die Arbeit.

Das erste Heft der vom ADGB. herausgegebenen wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Arbeit“, liegt nunmehr vor. Es enthält eine Reihe ausgezeichnete Aufsätze, die sich vornehmlich mit den Problemen des praktischen Gewerkschaftskampfes beschäftigen. Der einleitende Artikel von Lothar Erdmann, „Der Weg der Gewerkschaften“, ist vor allem ein Programmartikel der neuen Zeitschrift. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Fritz Tharnow, veröffentlicht eine vorzügliche Uebersicht über die Wandlungen im Tarifvertragswesen und eine polemische, aber sehr klar herausgearbeitete Kritik der Ideen, die neuerdings von Edo Fimmen vertreten werden. Professor Lujo Brentano veröffentlicht unter dem Titel „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Verfall der Friedenspolitik“, eine Untersuchung über die unermesslichen Rückwirkungen des Friedensvertrages auf die Gewerkschaftsarbeit. Der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, behandelt in dem Artikel „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“ vornehmlich das Problem der Stellung der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien und insbesondere gegenüber der kommunistischen Partei. Karl Mennicke veröffentlicht einen markberigen Aufsatz über „Kulturbeziehung des Achtstundentages“, Franz Splieth bringt einen kurz gefaßten aber übersichtlichen Artikel über den „Ausbau des Arbeitslosenlohnes“ und liefert auch in der Rundschau einige interessante Beiträge. Martin Wagner, der Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, veröffentlicht über „Gemeinwirtschaftspolitik“ einen scharf zugespitzten Artikel, der viele gute Gedanken enthält. Die „Rundschau der Arbeit“ bringt außer den schon erwähnten Artikeln noch eine Reihe interessanter Beiträge von Fritz Schröder über die Angelegenheiten der Gewerkschaften, von Th. Kohr über Beamtenprobleme, von Gertrud Hanna über Arbeiterinnen in der gewerkschaftlichen Internationalen, von Theodor Thomas über „Gewerkschaften und Bildung“ und schließlich von Paul Ufermann über „Die Kartellverordnung und ihre Wirkung“.

Die Zeitschrift ist 64 Seiten stark, von handlichem Format, auf gutem Papier gedruckt. Sie erscheint jeden 15. und kostet 3 M. vierteljährlich, für Organisationsmitglieder 2,40 M., das einzelne Heft 1 M. bzw. 80 Pf. Sie kann durch die Post oder den Buchhandel, sowie bei den Verwaltungen der Gewerkschaften und den Ortsausschüssen des ADGB. bezogen werden. Das zweite Heft wird Aufsätze von Robert Schmidt, Hugo Sinzheimer, Dr. Otto Uppmann usw. enthalten. Der Bezug der Zeitschrift ist nicht nur allein Gewerkschaftlern, sondern überhaupt allen, die sich über die Arbeiterbewegung informieren wollen, durchaus zu empfehlen.

Sattler-, Tapezierer- und Poliermeister-Verband. Quartals-Generalversammlung Donnerstag, den 31. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4. Tagesordnung u. a. Vortrag über Rauteinführung, Familienversicherung, Kurzarbeit, Ersatzlohn. Ref. Kollege Fritz Hoff. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Mitgliedsbuch legitimieren.

Zentralverband der Zimmerer. Am Freitag, den 1. August, abends 7 Uhr, findet im Saal 3 des Gewerkschaftshauses eine Funktionärskonferenz statt. Das Erscheinen aller Bezirksleiter und Kassierer ist unbedingt Pflicht. Weiter bitten wir die Funktionäre und Vertrauensleute in den nächsten Tagen für die am Sonntag, den 2. August und Sonntag, den 3. August, stattfindenden Bezirksversammlungen die rege Propaganda zu entfalten. Auch haben die Vertrauensleute neben der Führerkontrolle auf den Vorkursen darauf zu achten, daß alle in Berlin beschäftigten Zimmerer den Berliner Beitrag (1,50 Mark) zu zahlen haben. Laut Beschluß des letzten Verbandstages ist nur derjenige noch Mitglied unseres Verbandes, welcher nicht länger als 6 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Am Freitag, den 2. August, abends 7 Uhr, den 3. August, abends 7 Uhr, bei Kollwitz, Bobbin, etc. Karttreue.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schillowski; Lesales und Konflikte: Fritz Kahlstädt; Angelegen: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornwies-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornwies-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W., Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.



Cavalin an Sommertagen schafft unendliches Behagen.

Der Streupuder gegen Schweiß und dessen Wirkungen. — Für Sport und Wanderung. Herstellerin W. Spindler A.-G., Berlin C. 19



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl' Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

Die Durchschnittsehe in Amerika.

Man nennt Amerika zuweilen das Paradies der Frau. Unter gewissen Einschränkungen mag dieser Name richtig sein. Die Frau hat aber selber mit dazu beigetragen, ihre im allgemeinen geachtete Stellung zu schaffen. In einem Lande, in dem infolge der überwiegend männlichen Einwanderung die Frau lange Zeit in der Minorität blieb, war das auch leichter als in Europa mit seinem Ballast an überlieferten Sitten und Anschauungen. Die Amerikanerin war auch klug genug, ihr Übergewicht, das sie mit der Zeit erlangte, nur soweit auszunutzen, als nötig war, um völlige Gleichberechtigung mit dem Manne zu erzielen. Wenn man hin und wieder von extravaganten Dingen aus dem Leben der amerikanischen Frau hört, so bezieht sich das meistens auf die in überwältigendem Luxus ausgewachsenen jungen Damen aus dem Kreise der „Oberen 400“, dem Adel Amerikas.

Mann und Frau als Kameraden.

Die Durchschnittsamerikanerin ist ihrem Manne nicht nur eine gute Kameradin, sie arbeitet wie er vom Morgen bis zum Abend, schafft mit gleicher Freude wie er; auch hier ein grundlegender Unterschied zwischen alter und neuer Welt. Hier in Europa steht hinter der Arbeit der Zwang, die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, um leben zu können, dort mehr die Freude am Schaffen selbst, der Sport des Geldverdienens, der den Zwang zur Arbeit weniger lästig werden läßt.

Man heiratet jung in Amerika und kann jung heiraten, weil Mann und Frau verdienen; selbst in Kreisen, in denen Wohlhabenheit herrscht, spekuliert weder Mann noch Frau auf das Taschengeld, die Mühsal oder Erbschaft, die man durch Eltern oder Schwiegereltern erlangt. So gestaltet sich die Ehe zweier guter Kameraden, die sich vielleicht schon in der gemeinschaftlichen Schulzeit oder an der Universität kennengelernt hatten, zu einer treuen Arbeitsgemeinschaft. Man steht früh auf. Die Frau bereitet das Frühstück, der Mann macht „Studenten“. In wohlhabenden Familien übernimmt die größere Arbeit eine aus einem Institut bestellte Kraft oder die in der Miete mitbezahlte Hauskraft. Hierbei muß bemerkt werden, daß in Amerika nur die Schwarze billiger ist, weiße Hausangestellte können sich nur die Reichen leisten, weil sie sehr teuer sind und die Frau in jedem Beruf geachtet ist und als „Baby“ gilt. Der Amerikaner wird sich seine Schuhe nie von einer Hausangestellten, geschweige von seiner eigenen Frau putzen lassen. Kommt ein Baby, so haben oft zwei Fremddamen eine Schwarze als Kinderwärterinnen für ihre Kleinen. Nach dem Frühstück fahren die Ehegatten zur Arbeit. Die Arbeit geht in dem bekannten Tempo von statten. Kaufen, und seien es nur Sekunden, kennt der Amerikaner bei der Arbeit nicht. Um 12 Uhr ist Lunchzeit. Man geht in ein nahegelegenes Restaurant, denn viel Zeit hat man nicht. Nur wenn die Arbeitsstätte der Frau ganz in der Nähe ist, kann man sich treffen. Meist ist man in einem der vielen Restaurants mit Selbstbedienung. Man steht hinter einer unendlich langen Tischplatte, bestreift, eine halbe Minute später erhält man das Gewünschte. Was man bekommen ist reichlich, gut und nahrhaft. Alkohol gibt es nicht. Man trinkt, wenn überhaupt, Milch, Eiswasser, Gingerale. In fünf Minuten ist man fertig, schleicht sich der langen Reihe an, die nebeneinander an der Kasse vorbeipassiert, seinen Scheck bezahlt und geht. Wieder ins Bureau! Wieder dasselbe atemraubende Arbeitstempo bis zum Kontorabschluss, 6 Uhr. Dann nach Hause. Nie wird es vorkommen, daß der Mann die Frau in einem öffentlichen Verkehrsmittel stehen läßt, wie das bei uns so üblich ist.

Nach der Arbeit.

Derjenige der Ehegatten, der dem Heim am nächsten ist, also früher nach Hause kommen kann, besorgt meist die häuslichen Einkäufe. Selbstverständlich beschwert man sich nicht mit Dingen, wie sie die deutsche Hausfrau in ihrer Küche gewohnt ist: Gemüseputzen, Fischausnehmen und dergleichen. Alles kommt hoch- und drastisch ins Haus. Man benutzt hauptsächlich Konserven, die in Amerika sehr gut und billig sind und sogar das frische Gemüse ersetzen. Obgleich das Menü eines bürgerlichen Dinners in Amerika meist bedeutend reichhaltiger ist als bei uns, so macht doch die Zubereitung viel weniger Mühe. In einer halben Stunde ist man fertig und hat den ganzen Abend vor sich. Nun treibt man Sport, sitzt im Kino, das meist auch zugleich Varieté ist, oder treibt, was einem gefällt. Die Wohnungen in New York sind sehr klein und eng. Eine Drei-

zimmerwohnung in New York in guter Gegend kostet etwa 2400 Dollar jährlich, aber man kann sich kaum eine Vorstellung von dem Komfort solcher Wohnungen machen, wie ja überhaupt die praktische Amerikanerin durch immerfließendes warmes Wasser, allerlei Maschinen, die ihr den Haushalt erleichtern, verwöhnt ist. Beobachtet man eine Amerikanerin, so weiß sie tausend Tricks, um ihre Wirtschaft schnell und gut in Ordnung zu halten. Der Stolz der Ameri-



In der Straßenbahn: Drüben!

kanerin bleibt, bei aller praktischen wie geistigen Arbeit, die sie zu leisten imstande ist, nichts von ihrer Weiblichkeit einzubüßen. Der Mann jedoch, der von Jugend auf Achtung vor der Frau gelernt, sieht meistens als seinen Lebenszweck, das in rasendem Arbeitstempo gewonnene Geld für seine Lebenskameradin und seine Kinder zu nutzen. Im allgemeinen ist der Amerikaner gebildeter, als wir glauben: er kennt die internationale Literatur, liebt Musik, aber die Frau ist meist diejenige, die sich mit allem Eifer der Kunst, der Wissenschaft oder Musik widmet, sie hat zu allem Zeit, weil der Haushalt sie nie ganz beschlagunahmt. Die amerikanische Ehe bewahrt sich jedoch den Charakter freier Kameradschaftlichkeit. Die Frau sieht nicht bei den Kindern zu Hause, während der Mann sich im Irishaus oder in den Dielen amüsiert. Die Ehe erscheint im Durchschnitt nicht als Sklaverei. Man lebt für einander, man beweist es in Arbeit und Kameradschaftlichkeit, aber dabei wahr: Mann



In der Straßenbahn: Bei uns!

und Frau ihren selbständigen Charakter. Oft geht eine verheiratete Frau ihren eigenen Lebensweg, sei es in Kunst, Wissenschaft oder Politik. Zu allem muß noch ein wesentlicher Unterschied zwischen der Neuen und Alten Welt hervorgehoben werden: der amerikanische Mann versteht nie nur einen Beruf, er ist meist in mehreren erzogen und geschult. Es kann vorkommen, daß ein Rechtsanwalt Versicherungsagent wird oder Geschäftsmann, und daß ein Ingenieur, weil irgendeine Unmöglichkeit besteht, in diesem Beruf weiterzukommen, gleich einen ganz anderen Beruf ergreift. Die Einseitigkeit der Ausbildung wie bei uns, kennt der Amerikaner nicht.

So scheint das Zusammenleben zwischen Mann und Frau in Amerika, von Europa aus gesehen, freier und kameradschaftlicher zu sein als bei uns. Drüben gibt das alles als Selbstverständlichkeit und schließlich hat jeder auch dort seine eigenen Sorgen und Wünsche.

Die Anzeige.

Die Schupo hat nicht viele Freunde, besonders nicht unter denen, die frei wie der Vogel durch die Lande ziehen, von milden Gaben leben, oft frieren, oft hungern, oft einsam sterben. Aber es gibt unter den „Grünen“ auch solche, die Pflicht und Menschlichkeit zu vereinen wissen.

Endlos rieselt der Regen herab. Ich habe mich glücklich in eine Straßenbahnwartecke in einem unserer westlichen Villenorte flüchten können und warte hier das Ende des Regengusses ab. Plötzlich erhalte ich Gesellschaft. Ein alter Mann stürzt zu mir hinein und läßt sich ermattet auf die Bank fallen. Völlig durchnäßt, Kleider und Stiefel zerrissen, das Gesicht vor Unterernährung tief eingesunken, so preßt sich der Alte scheinbar in eine Bankette. Nur von Minute zu Minute sieht er erregt nach draußen, wo immer noch der Regen fällt, als ob er eine Gefahr von dort erwarte. Immer unruhiger wird er, dabei murmelt er unverständliche Worte. Mir tut er leid, ich frage ihn nach der Ursache seiner Erregung. Und in Bruchteilen, abgehackt, zusammenhanglos, enthüllt der Alte ein Stück menschlicher Gemeinheit. „Habe Hunger — drüben nach Brot gefragt (er zeigt dabei auf eine polastartige Villa), der Portier telephoniert zur Herrschaft — ich höre nur, wie er deren Antwort wiederholt: Jawohl, Polizei! Bescheid sagen, damit sie den Kerl lassen. Ob sie mich hier finden? — Die reichen Leute, um ein Stückchen Brot!“ Ich beruhige ihn, so gut ich kann, aber immer wieder murmelt er: „Um ein Stückchen Brot“ Währenddessen hat draußen der Regen nachgelassen. Plötzlich judt der Alte zusammen: „Sie kommen.“ Und wirklich, der Portier hat den Bettler nicht aus dem Auge verloren und zeigt ihn jetzt der telephonisch herbeigerufenen Polizeistreife. Man merkt es den Beamten an, wie ungern sie ihre Pflicht erfüllen. Der ältere weist auf den Portier, der sich beschämt in seinen Garten verzieht, und sagt zu mir wie entschuldigend: „Wir müssen ihn mitnehmen, er ist wegen Bettelns angezeigt.“ Und den Alten sorgsam führend, nehmen sie die Richtung zur Wache. Da mein Weg derselbe ist, folge ich ihnen langsam, froh, daß der lange Regen endlich der Sonne gewichen ist. Und siehe, auch das Erlebnis mit dem Bettler findet einen befriedigenden Abschluß. Am ersten Bäckerladen machen die Beamten halt, einer geht hinein und kommt mit einem Brot unterm Arm zurück, das er dem Alten gibt. Der andere Beamte drückt ihm ein Geldstück in die Hand, und beide sind die Beamten um die Ecke verschwunden. Der Bettler aber steht erschaudert da, wiegt das Brot, besieht das Geld, und schaut dann hinauf zum Himmel, von dem die schwarzen Wolken jetzt gewichen sind und aus dessen Blau die Sonne lacht. Er hatte erfahren, daß es Beamte gibt, die Pflicht und Menschlichkeit zu verbinden wissen.

Einer Nichtigkeit wegen ins Zuchthaus.

Vor dem Ferienstrafgericht des Landgerichts II hatten sich der Heizer R. und der Kartoffelhändler G. wegen Reineides zu verurteilen. Eine Bagatelle hat die bisher unbescholtenen Männer ins Zuchthaus gebracht. R. hatte von seinem Schwiegervater D. ein Spind geliehen erhalten. Als Differenzen zwischen ihnen entstanden, klagte der Schwiegervater auf Herausgabe des Spindes. R. hatte das Spind aber inzwischen an seinen Schwager B. verkauft. Der Schwiegervater strengte nun einen Prozeß gegen G. wegen böswilligen Erwerbes an. Er behauptete, daß er mit

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Wer ihn sah, fühlte die Notwendigkeit, ihm beizustehen, und die Ohnmacht zugleich. Schmerzhaft war die Erkenntnis zugleich, daß man ihm nicht helfen konnte und beschämend. Aus Scham hätte man selbst zittern mögen. Die Krankheit übertrug sich auf den Betrachter. Schließlich zog man sich zurück, entwich, und konnte dennoch das Bild des zitternden Riesen nicht vergessen.

Drei Tage vor der Ankunft der Kommission begab sich Andreas in die Baracke Boffis, den er immer gemieden hatte. Zwanzig Lahme und Einbeinige waren um den Schmied versammelt und sahen ihm in einer leidenschaftlichen Stille zu. Vielleicht hofften sie auf die anstehende Wirkung des Zitterns. Jedenfalls verspürte bald der eine und bald ein anderer ein heftiges Zucken in Arnen, Ellenbogen und Handgelenken. Sie gestanden es einander nicht. Einzelne schlichen davon und probierten, zu zittern, wenn sie einen Augenblick allein waren.

Der misstrauische Andreas, der Boffi aus ganz unbestimmten Gründen nicht leiden mochte, zweifelte zuerst an der Krankheit der Regierung, die lust Zitterer belohnen wollte und keine anderen. Zum erstenmal durchdrang ihn eine Erkenntnis von der Ungerechtigkeit derjenigen, die zu befehlen und zu bestimmen hatten. Plötzlich fühlte er, daß seine Muskeln zuckten, sein Mund sich verschob, sein rechtes Augenlid zu flackern begann. Ein freudiger Schrecken überfiel ihn. Er humpelte davon. Seine Muskeln beruhigten sich. Sein Augenlid flackerte nicht mehr.

Er schloß nicht ein. Im Finstern kleidete er sich an und ohne Krücken, um die Schlafenden nicht zu wecken, die Hände auf den Kopf des Bettes und auf den Tisch stützend, schwang er sein Bein zum Fenster und ließ den Oberkörper nachfolgen. Er sah ein Stück der nächsten Wiese und das schimmernde, weiß gestrichene Gitter. Länger als eine Stunde stand er so und dachte an einen Veierkasten.

Es ist ein heller Sommernachmittag. Andreas steht im Hof eines großen Hauses, im Schatten eines alten, breiten Baumes. Es mag eine Linde sein. Andreas dreht die Kurbel seines Rastens und spielt: Ich hatt' einen Kameraden. Oder:

Draußen vor dem Tore, oder die Nationalhymne. Er ist in Uniform. Er trägt sein Kreuz. Aus allen offenen Fenstern fliegen Münzen, in Seidenpapier eingewickelt. Man hört den gedämpften Metallklang des fallenden Geldes. Kinder sind da. Dienstmädchen lehnen über die Fensterbrüstungen. Sie achten der Gefahr nicht. Andreas spielt.

Der Mond kam über den Rand des Waldes, der vor den Baracken lag. Es wurde hell. Andreas fürchtete, seine Kameraden könnten ihn entdecken. Er wollte nicht mitten in der fahlen Helle stehen. Er schwang sich wieder ins Bett.

Zwei Tage lebte er still und verlonnen.

Die Kommission kam. Jeder wurde einzeln hereingerufen. Ein Mann stand an der Portiere, welche die Kommission vor den Augen der wartenden Invaliden verbarg. Der Mann schlug jedesmal die Portiere zurück und warf einen Namen hinaus. Jedesmal löste sich ein gebrechlicher Körper aus der Reihe der anderen, schwankte, humpelte, polterte und verschwand hinter dem Vorhang.

Die gemusterten Invaliden kamen nicht mehr zurück. Sie mußten den Saal durch einen anderen Ausgang verlassen. Sie bekamen einen Zettel und gingen dann in ihre Baracken, packten ihre Sachen und frohen zur Endstation der Straßenbahn.

Andreas wartete unter den anderen, er beteiligte sich nicht an ihrer geflüsterten Unterhaltung. Er schwieg, wie einer, der sich nicht verraten will und der in der Furcht lebt, eine kleine Neugierung könnte ihn verleiten, sein ganzes großes Geheimnis herzugeben.

Der Mann schob den Vorhang zurück und warf den Namen: Andreas Bum in den Saal. Einigemal pochte Andreas Bums Krücke auf den Boden und widerhallte in der eingetretenen Stille.

Plötzlich begann Andreas zu zittern. Er sah den Vorsitzenden der Kommission, einen hohen Offizier mit goldenem Kragen und blondem Bart. Bart, Antlitz und Uniformtragen vermischten sich zu einer Masse aus Gold und Weiß. Jemand sagte: „Noch ein Zitterer.“ Die Krücken in Andreas Hand begannen selbständig über den Boden zu hüpfen. Zwei Schreiber sprangen auf und stützten Andreas.

„Lizenz!“ befahl die Stimme des hohen Offiziers. Die Schreiber drückten Andreas auf einen Stuhl und eilten an ihre Arbeit. Schon sahen sie gebeugt über raschelnden Papieren und ihre Federn tanzten.

Dam hielt Andreas ein Bündel Papiere in der zappelnden Hand und humpelte zur Tür hinaus.

Als er seine Sachen zu packen anfing, verließ ihn das Zittern. Er dachte nur: Ein Wunder ist geschehen! Ein Wunder ist geschehen!

Er wartete im Klosett, bis alle Kameraden verschwunden waren. Dann zählte er sein Geld.

In der Straßenbahn machten ihm die Leute Platz. Er wählte den besten der ihm angebotenen Plätze. Er sah gegenüber dem Eingang, neben ihm lag seine Krücke, quer über die Mitte des Wagens, wie ein Grenzpfahl. Alle sahen Andreas an. Er fuhr in das Hospiz, das ihm bekannt war.

3.

Der Veierkasten stammt aus der Drehorgelfabrik Drecoll u. Co. Er hat die Form eines Wirfels und ruht auf einem hölzernen Gestell, das man zusammenklappen und tragen kann. An zwei Riemen trägt Andreas seinen Kasten auf dem Rücken, wie einen Tornister. An der linken Seitenwand des Instruments befinden sich nicht weniger als acht Schrauben. Mit ihrer Hilfe bestimmt man die Melodien. Acht Walzen enthüllt der Kasten, darunter die Nationalhymne und die Lorelei.

Andreas Bum hat keine Lizenz in einer Brieftasche, die eigentlich einmal der Lederband eines Notizbuches war und sich zufällig in einem Misthaufen gefunden hat, an dem Andreas täglich vorbeigeht. Mit der Lizenz in der Tasche wandelt der Mensch sicher durch die Straßen dieser Welt, in denen die Polizisten lauern. Man scheut keine Gefahr, ja, man kennt keine. Die Anzeige des brotneidischen bösen Nachbarn brauchen wir nicht zu beachten. Auf einer Postkarte teilen wir der Behörde mit, worum es sich handelt. Wir schreiben knapp und sachlich. Wir sind sozuzagen der Behörde gleichgestellt, dank unserer Lizenz. Wir sind von der Regierung ermächtigt, zu spielen, wo und wann es uns gefällt. Wir dürfen an den belebten Straßenecken unseren Kasten aufstellen. Selbstverständlich kommt nach fünf Minuten die Polizei. Lassen wir sie ruhig herankommen. Mitten in einem Kreis gespannt zulehender Leute stehen wir unsere Lizenz hervor. Die Polizei salutiert. Wir spielen weiter, was uns gerade in den Sinn kommt: „Mädchen, weine nicht!“ — und „Schwarzbraunes Mägdlein!“ — und „An der Quelle sah der Knabe!“ — Für ein mondänes Publikum haben wir einen Balzer aus der vorjährigen Operette. (Fortsetzung folgt.)

seinem Schwager einen Mietvertrag abgeschlossen habe, den dessen Schwager G. mit als Zeuge unterschrieben habe. In einem Prozess behaupteten die als Zeugen vernommenen beiden Angeklagten unter Eid, daß diese Angaben falsch seien. Wegen dieser Behauptung hatten sich die beiden Angeklagten wieder zu verantworten. Es wird behauptet, daß sie falsch geschworen haben. Die Verteidiger vertraten die Ansicht, daß die Sache nicht geklärt sei. Das Gericht befand die Angeklagten aber schuldig des wissentlichen Meineides. Wegen der bisherigen Unbeholfenheit und mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagten nur durch ihr törichtes Handeln zu ihrem Fehltritt gekommen seien, erkannte das Gericht auf die Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust gegen jeden der Angeklagten. Da die Angeklagten sich gegenwärtig in Freiheit befinden, beantragte der Staatsanwalt ihre Verhaftung, was jedoch vom Gericht abgelehnt wurde.

Der Mord bei Prödel.

Verhaftung des mutmaßlichen Täters.

Der Mord bei Prödel wird jetzt voraussichtlich seine Sühne finden. Der mutmaßliche Täter, der Weller Heine, ist verhaftet worden. Am 14. Juni d. J., nachmittags um 4 Uhr, wurde der 65 Jahre alte frühere Landwirt Ferdinand Jahnke aus der Margaretenstr. 30 zu Lichtenberg ungefähr 200 Meter von dem Dorfe Prödel entfernt aus einer Kopfwunde blutend in einer Vertiefung an der Chaussee schwer verletzt aufgefunden. Man glaubte, daß er durch einen Schlag verletzt worden sei, und brachte ihn nach dem Krankenhaus in Strausberg, wo er bald darauf starb.

Die Untersuchung ergab, daß die Verletzung nicht von einem Schlag, sondern von einem Schuß herrührte. Eine zweite Kugel war dem Manne durch die Wunde gegangen. Dabei war, als man ihn auffand, durch die Gehirnverletzung völlig verwirrt und konnte keine klaren Aussagen mehr machen. Die Ermittlungen ergaben, daß er allein von Strausberg nach Prödel gekommen war. Dort hatte er eine Gastwirtschaft aufgesucht und sich mit dem Wirt über dieses und jenes unterhalten, auch über die Handelsgeschäfte, die er betrieb, seitdem er von seinem Bandgut in Polen vertrieben worden war. Etwas ungeheißert und lustig singend, verließ er den Ort, um nach Strausberg zurückzukehren. Bald darauf hörte man zwei Schüsse fallen. Es ging aber niemand hinaus, weil es stark regnete. Später fand man dann den Schwerverletzten an einer Hegegebüsch auf. Geräumt waren ihm etwa 1000 Mark und sein Militärpaß. Der Räuber mußte ihn überfallen und mit seinem eigenen Revolver erschossen haben und von einer kleinen Brücke in die Vertiefung geworfen haben. Der Verdacht fiel bald auf einen aus Kamenz in Sachsen geborenen, wiederholt vorbestraften Weller Otto Heine, der am Vormittag desselben Tages aus dem Erwerbslosheim in Strausberg verschwunden war und bei dem Förster in Prödel um Arbeit vorgeprochen hatte. Heine, der sich öfter in der Gegend herumgetrieben hatte, wurde seitdem vergeblich gesucht. Kriminalkommissar Seinemeyer, der die Ermittlungen leitete, erstieg ein Fahndungsschreiben, und so gelang es jetzt der Orispolizei von Mäncheberg in der Markt den Geflüchten in der Herberge zu Mäncheberg zu ermitteln und festzunehmen. Er wurde unter starker Bedeckung nach Berlin gebracht und einem Verhör unterzogen. Heine leugnet die Tat. Er gibt zu, an jenem Abend in Prödel gewesen zu sein, will sich aber nach vor dem Mord von dort nach Budow begeben haben. Wie er sagt, hat er wiederholt ein paar Tage bei Bauern gearbeitet, ohne seinen Namen zu nennen, und die übrige Zeit in verschiedenen Herbergen zugebracht. Zeitungen will er in der ganzen Zeit nicht gelesen und auch mündlich will er von dem Mord nichts gehört haben. Der Verhaftete hat einen umfangreichen Alibi-Beweis angetreten, der aber durch die Aussagen verschiedener Zeugen zum Teil widerlegt wurde. Seine übrigen Angaben müssen noch nachgeprüft werden. Er erscheint so schwer belastet, daß er auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen worden ist.

Häuser hungert.

Der bekannte „Apostel“ einer neuen Heilslehre, Louis Häuser, war im März 1923 vom Landgericht Oldenburg wegen Verletzung des republikanischen Schutzes, insbesondere auch wegen Beleidigung hoher Beamter, zu der Strafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er wurde zunächst nach der Strafanstalt Becha in Oldenburg gebracht, wofür er vier Monate verblieb. Im August 1923 hatte er sich vor der Strafkammer in Sietlin wiederum wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten. Auf dem Rücktransport nach Becha erkrankte Häuser in Berlin so schwer an einem Magenleiden, daß ihn sein Transporteur in dem Untersuchungsgefängnis Moabit zurücklassen mußte und allein nach Becha fuhr. Häuser verblieb zwei Monate in ärztlicher Behandlung und heiratete in dieser Zeit seine jüngere Schwester, Fräulein A. aus Kiel, die bisher schon einen erheblichen Teil der Kosten für seine Agitationsreisen und für seinen kostspieligen Lebenswandel bezahlte hatte. Der Gefängnisarzt bestellte die Haftunfähigkeit, so daß Häuser schließlich aus der Haft entlassen werden mußte. Die wiedergewonnene Freiheit nutzte er aus, um im Reich herumzureisen und für die Reichstagswahlen ein Mandat aufzustellen, und zu predigen. Mit Stolz verzeichnete er 40 000 Anhänger und er versprach in seinen Wahlaufrufen dem Deutschen Reich die Bestreitung aus der Rhein- und Ruhrprobleme innerhalb von acht Tagen, wenn er in den Reichstag gewählt würde. Durch dieses Aufstreben hatte er sich aber der Staatsanwaltschaft in Oldenburg in unliebsame Erinnerung gebracht, so daß er am 24. Juni von neuem verhaftet und nach der Strafanstalt in Becha gebracht wurde. Kaum war Häuser im Gefängnis, so erkrankte er wiederum und trat in einen Hunger- und Redekrieg. Er verweigerte jede Nahrung und mochte immer mehr ab. Der früher stark beliebte Mann hatte in ganz kurzer Zeit 44 Pfund abgenommen. Neue Haftentlassungsanträge waren abgelehnt worden, weil die Oldenburger Ärzte auf dem Standpunkt standen, daß sich die Krankheit bei Häuser immer nur dann einfinde, wenn er zur Strafvorbereitung aufgefordert würde. Im Auftrage zahlreicher Anhänger Häusers hat sich Rechtsanwalt Dr. Schwindt nach Oldenburg begeben, um bei der Staatsanwaltschaft und dem Ministerium wegen der Unterbrechung der Strafvorbereitung vorstellig zu werden. Die Behörden zeigen sich keinem Antrage keineswegs abgeneigt, allerdings wird es Voraussetzung der Haftentlassung Häusers sein, daß er für längere Zeit alle weiteren Angriffe gegen die Oldenburger Staatsbehörden und die deutschen Reichsbehörden in Wort und Schrift unterlasse. Wie erinnertlich, hatte sich Häuser im vorigen Jahr auch in Moabit vor dem Strafrichter wegen Beleidigung zu verantworten.

Eine interessante Brandprobe.

Eine Brandprobe zur Prüfung des Brandversicherungsgesetzes der „Bronid“, Chemische Industrie G. m. b. H., fand kürzlich auf dem Grotzerplatz des Wachkommandos Berlin in der Rathenower Straße statt. Zwei gleichgroße, etwa 2 Meter breite, 2 Meter tiefe und 2 1/2 Meter hohe Holzhäuser waren dort errichtet, von denen das eine mit „Bronid“ befüllt war. Beide Häuser waren mit der gleichen Menge Holz und Holzwolle ausgefüllt und die letztere mit Benzin getränkt. Um gleichen Augenblick angezündet, war das nicht getränkte Hauschen nach zehn Minuten vollständig verbrannt und zusammengefallen, während das mit „Bronid“ getränkte Holzhauschen kaum angegriffen war. Die Farbe hatte — wie sich bei näherer Betrachtung herausstellte, — an einzelnen Stellen Blasen gebildet, auch hatte die Hitze zu einer teilweisen Verkohlung der unmittelbar unter der Farbe liegenden Holzfläche geführt. Nach Abtropfen dieser etwa einen halben Liter betragenden Verkohlungsstellen kam jedoch das weiße Holz unberührt zum Vorschein. Der Dachstuhl des Hauses war mit feu angefüllt, das nach Beendigung des 15 Minuten dauernden Brandes nicht im geringsten gelitten hatte.

Große Kundgebung im Lustgarten

Für die Republik — Gegen Monarchie und Reaktion

am Montag, den 11. August, abends 7 Uhr.

Sammelplätze und Marschstraßen:

1. Verwaltungsbezirk — Kreis Mitte:
 - a) Treffpunkt 6 1/2 Uhr Bülowplatz (Spitze Kaiser-Wilhelm-Straße). Abmarsch 6 1/2 Uhr durch Kaiser-Wilhelm-Straße, Kaiser-Wilhelm-Brücke.
 - b) Treffpunkt 6 1/2 Uhr Delischplatz (Spitze Inselstraße). Abmarsch 6 1/2 Uhr durch Inselstraße, Fischerbrücke, Burgstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße.
2. Verwaltungsbezirk — Kreis Tiergarten:

Treffpunkt 5 1/2 Uhr Kleiner Tiergarten (Spitze Ede Stromstraße). Abmarsch 6 Uhr durch Alt-Moabit, Invalidenstraße, Helfstraße, Oranienburger Straße, Monbijoustraße, Kupfergraben, Eisene Brücke.
3. Verwaltungsbezirk — Kreis Wedding:
 - a) Treffpunkt 5 1/2 Uhr Kettlerbeckplatz (Spitze Gerichtstraße). Abmarsch 6 Uhr durch Adlerstraße, Große Hamburger Straße, Monbijouplatz, Burgstraße.
 - b) Treffpunkt 5 1/2 Uhr Humboldthain (Spitze Brunnenstraße). Abmarsch 6 Uhr durch Brunnenstraße, Rosenhauer Straße, Hadericher Markt, Neue Promenade, Friedrichsbrücke.
4. Verwaltungsbezirk — Kreis Prenzlauer Berg:
 - a) Treffpunkt 5 1/2 Uhr Jostplatz (Spitze Schwedter Straße). Abmarsch 5 1/2 Uhr durch Schwedter Straße, Schönhauser Allee, Kaiser-Wilhelm-Straße.
 - b) Treffpunkt 5 1/2 Uhr Heimholzplatz (Spitze Lybener Straße). Abmarsch 5 1/2 Uhr durch Lybener Straße, Danziger Straße, Schönhauser Allee und weiter wie zu Treffpunkt a.
5. Verwaltungsbezirk — Kreis Friedrichshain:
 - a) Treffpunkt 5 1/2 Uhr Weberwiese (Spitze Königsberger Straße). Abmarsch 6 Uhr durch Königsberger Straße, Grüner Weg, Blumenstraße, Schilderstraße, Stralauer Straße, Poststraße, Königstraße.
 - b) Treffpunkt 6 Uhr Strausberger Platz (Spitze Weberstraße). Abmarsch 6 1/2 Uhr durch Weberstraße, Landsberger Straße, Alexanderplatz, Königstraße.
6. Verwaltungsbezirk — Kreis Kreuzberg:
 - a) Treffpunkt 6 Uhr Urbanstraße (Spitze Bläserstraße). Abmarsch 6 1/2 Uhr durch Bläserstraße, Belle-Alliance-Platz, Lindenstraße, Jerusalemstraße, Französische Straße, Schinkelplatz.
 - b) Treffpunkt 6 1/2 Uhr Platz an der Jerusalem Kirche (Spitze Jerusalemstraße). Abmarsch 6 1/2 Uhr, Anschluß an Zug a.
 - c) Treffpunkt 6 1/2 Uhr Mariannenplatz (Spitze Bethanienstraße). Abmarsch 6 1/2 Uhr über Adalbertbrücke, Engelauer, Annenstraße, Köhlerstraße, Breite Straße.
7. Verwaltungsbezirk — Kreis Charlottenburg:

Treffpunkt 5 1/2 Uhr Wilhelmplatz (Spitze Lühnowstraße). Abmarsch 5 1/2 Uhr durch Gerdelstraße, Gaißnitzerstraße, Dörfstraße, Heimholzstraße, Alt-Moabit und weiter wie 2. Kreis Tiergarten.
9. Verwaltungsbezirk — Kreis Wilmersdorf:

Treffpunkt 5 1/2 Uhr Uhlandstraße, Ede Wilhelmsame (Spitze Nassauische Straße). Abmarsch 5 1/2 Uhr durch Nassauische Straße, Berliner Straße, Grunewaldstraße, Großgörschenstraße, Poststraße, Belle-Alliance-Straße, Lindenstraße, Jerusalemstraße, Französische Straße, Schinkelplatz.
11. Verwaltungsbezirk — Kreis Schöneberg:
 - a) Treffpunkt 5 1/2 Uhr Untergrundbahnhof Hauptstraße (Spitze Hauptstraße). Abmarsch 5 1/2 Uhr durch Hauptstraße, Großgörschenstraße und weiter wie Zug Wilmersdorf.
 - b) Treffpunkt 5 1/2 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz (Spitze Potsdamer Straße). Dann Anschluß an Zug a 11. Kreis.
12. Verwaltungsbezirk — Kreis Steglitz:

Steglitz-Clubsitzung sucht nächstgelegenen Treffpunkt an.
13. Verwaltungsbezirk — Kreis Tempelhof:

Treffpunkt 5 1/2 Uhr Ringbahn Tempelhof. Abmarsch 5 1/2 Uhr über Tempelhofer Feld, Belle-Alliance-Straße und weiter wie Zug Wilmersdorf.
14. Verwaltungsbezirk — Kreis Neukölln:

Treffpunkt 5 1/2 Uhr Hermannplatz (Spitze Kottbuser Damm). Abmarsch 6 Uhr durch Kottbuser Damm, Kottbuser Straße, Dresdener Straße, Köhlerstraße, Breite Straße.
15. Verwaltungsbezirk — Kreis Treptow:

Treffpunkt 5 1/2 Uhr Oberer Bahnhof (Spitze Wiener Straße). Abmarsch 6 Uhr durch Wiener Straße, Oranienstraße, Dresdener Straße, Köhlerstraße, Breite Straße.
17. Verwaltungsbezirk — Kreis Lichtenberg:

Treffpunkt 5 1/2 Uhr Mittelpromenade Frankfurter Allee an der Kronprinzstraße (Spitze Frankfurter Allee). Abmarsch 5 1/2 Uhr durch Frankfurter Allee, Königsberger Straße, Grüner Weg, Blumenstraße, Schilderstraße, Stralauer Straße, Poststraße, Königstraße.
18. Verwaltungsbezirk — Kreis Weichensee:

Treffpunkt 5 1/2 Uhr Antonplatz. Abmarsch 5 1/2 Uhr durch Greißwälder Straße, Neue Königstraße, Königstraße, Spandauer Straße, Kaiser-Wilhelm-Straße.
19. Verwaltungsbezirk — Kreis Pankow:

Treffpunkt 5 1/2 Uhr Jostplatz und Heimholzplatz wie für 1. Verwaltungsbezirk.
20. Verwaltungsbezirk — Kreis Reinickendorf:

Schließt sich den Sammelpunkten des 3. Kreises (Wedding) an.

Weitere Anweisungen gehen den Kreisen noch zu.

Sozialdemokratische Partei, Bezirksverband Berlin.

Berliner Gewerkschaftskommission. Ortsrat Berlin der U.F.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 30. Juli.
Tagessintellekt. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Ueberrmittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenberichte. 5.30—7 Uhr: Nachmittagskonzert.
7.30 Uhr abends: Lustige Kindergeschichten (Jugend-Vortrag).
8 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Heidler: „Lebenskampf und Lebenskunst“. 9—11 Uhr abends: Blasorchester (Dirigent: Kapellmeister Karl Weitschach): 1. Frohe Jugend, Kinderliedermarsch von K. Weitschach. 2. Quertüre zu „Maritana“ von Walace. 3. Noch sind die Tage der Rosen. Lied von Baumgartner. 4. Potpourri aus der Operette „Die Fledermaus“ von Joh. Strauß. 5. Hie geht Brandenburg allewege. Fanfarenmarsch von Henrion. Während der Pause: Dristo Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige. Wetterdienst. Sportnachrichten. 6. Tiroler Holzseker-Buab. Marsch von L. F. Wagner. 7. Indianerliebe. Intermezzo von L. Siede. 8. Künstlerleben, Walzer v. Joh. Strauß. 9. Ein Studentenkommerz. Potpourri von Rich. Thiele. 10. Mit Paradiesflügeln, Marsch von Blankenburg.

Die streifbare Tante.

„Wie eine Furie.“

Ein Kampf mit keiner Tante brachte einen jungen Bankbeamten auf die Anklagebank. Diese Tante, die jetzt 42 Jahre zählt, hatte es von jeher verstanden, auf Kosten anderer zu leben. Sie war die Tochter einer reichen Kölner Familie. Sie erregte aber in der Stadt am Rhein so viel öffentliches Aergernis, daß sie von der Befugungsbehörde ausgewiesen wurde. In dem Ausweisungsbefehl wurde sie als „moral insanity“ bezeichnet.

Sie kam vor zwei Jahren nach Berlin und fiel nun ihren hiesigen Verwandten, besonders dem Ehemann ihrer verstorbenen Schwester, einem Obertelegraphensekretär D. und seinen beiden Söhnen, zur Last. Obwohl man sie lange Zeit unterstützte, verfolge sie die Familie dauernd mit Forderungen und suchte von ihnen durch Verleumdungen und Skandalisierungen immer wieder neue Geldsummen zu erpressen. Ihren Schwager suchte sie sogar in seinem Dienstgebäude auf und wollte ihn mit einer Hundepeitsche überfallen, so daß sie gewaltsam herausgebracht werden mußte. Ebenso verfolge sie ihren Neffen Alfred D., den sie in dem Bankbeamten die einflussreiche Verfügung, monach Selma Loeb unter Androhung einer Haftstrafe verboten wurde, das Bankgebäude zu betreten. Damit hörten die Befestigungen aber nicht auf. Die lebenswürdige Tante erschien vor der Wohnung ihres Schwagers und der Neffen und verbreitete im Hause beim Portier und bei den benachbarten Geschäftsleuten die übelsten Gerüchte. Um sich die Sache endlich vom Halse zu schaffen, suchten die beiden Neffen Selma Loeb eines Tages in ihrer Wohnung zwecks einer Aussprache auf. Sie hatten aber kaum die Tür geöffnet, als Selma Loeb wie eine Furie auf sie losstürzte; dem einen Neffen schlug sie die Brille aus dem Gesicht, geriet sie und zerkrachte ihm das ganze Gesicht. Dem anderen umklammerte sie mit eisernem Griff den Hals, so daß er sich kaum losmachen konnte. Bei diesem Vorfall will nun die Loeb von ihrem Neffen Alfred D. mit dem Spazierstock derartig stark über den Kopf geschlagen worden sein, daß sie infolge einer Reithautverletzung auf dem rechten Auge erblindet sei. Die Folge dieses Vorfalls war eine Anklage gegen Alfred D. wegen schwerer Körperverletzung mit nachfolgendem Siedtum, ein Verbrechen, für das auf Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren erkannt werden kann. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Mitte bestritt der Angeklagte, der Tante auf den Kopf geschlagen zu haben. Er habe sich nur gegen ihren Angriff gewehrt. Es handele sich bei der Anzeige um nichts anderes, als um die Erpressung einer dauernden Rente. Auf Veranlassung von Rechtsanwalt Dr. Johann wurden die Zivilgerichtssachen vom Landgericht I herbeigezogen, aus denen hervorgeht, daß eine von Selma Loeb ersonnene Verfügung auf eine Rente von 35 M. wegen Unglaubwürdigkeit der Tante aufgehoben worden war. Der als Sachverständige ersonnene Augenarzt Dr. Hildeheimer, der die Klägerin schon früher wegen einer Reithauterkrankung operiert hatte, kam allerdings zu dem Schluß, daß ein Schlag auf den Kopf die Erblindung herbeigeführt haben könne. Der Sachverständige hat aber den Eindruck gewonnen, daß die hysterische und leicht erregbare Person eine Last für ihre Umgebung bilden müsse und daß ihre Angaben mit Vorsicht aufzunehmen seien. Auf Antrag des Verteidigers blieb die Zeugin unvereidigt und das Schöffengericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten.

Das Skelett im Kornfeld.

Ein Mord am Kludensee.

Einen säurigen Fund machten Arbeiter des Stadtgutes Johannsburg bei Arnswalde. Beim Rähen eines Roggenfeldes, der 1 Kilometer vom Gutshof und 300 Meter vom Kludensee entfernt ist, stießen sie auf ein Skelett, das mit einem weißen Kragen „Sport“ Nr. 34 und einem grauen Trikotband angelegt war. Am Fußknöchel fanden sie noch graue Strümpfe, in die mit roten Kreuzfäden das Zeichen D. P. eingestickt war. Als man die weitere Umgebung des Fundortes abtaste, stieß man ungefähr nach 50 Meter auf einen nicht allzu großen gewöhnlichen Hammer. Dazwischen verstreut lag noch ein zerbrochener Spiegel und ein Hornkamm. Dort am See, ungefähr 300 Meter von der Fundstelle des Skeletts entfernt, stieß man auf eine Militär-Drillischuhe und ein braunes wollenes Jackett. Beides war vollkommen mit Wasserfarbe durchtränkt. Die Hose trug folgende Abzeichen M. G. I. D. III. Diese Sachen werden sicher dem Toten gehören. Ein Arzt konnte feststellen, daß es sich um das 1,70 Meter große Skelett eines jungen Mannes handelt. Beim weiteren Nachforschen fand man noch an dem Gabelende der Bahnstrecke Arnswalde-Kreuz und Arnswalde-Kallies ein weißes Hemd, dessen rechter Ärmel fehlt, eine schwarze Tuchweste und ein grauwollenes Jackett. Die letzteren Sachen waren ebenfalls schon vom Wetter gebleicht und mürbe geworden. Ob auch diese dem Toten angehören, ist noch nicht festgestellt. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß Berliner als Täter in Frage kommen, ist auch die Berliner Kriminalpolizei zur Mitfahndung erlucht worden.

Sinab in die Tiefe.

Die 64jährige Frau Ernestine Best war in ihrer Wohnung Lühnowstraße 107, mit dem Putzen der Fenster beschäftigt. Wählich stürzte sie kopfüber vier Stockwerke in die Tiefe. Der Ehemann schaffte die Verunglückte nach dem Elisabeth-Krankenhaus, wo aber nur der Tod konstatiert werden konnte. Wahrscheinlich hatte sie ein plötzliches Schwindelanfall ergriffen, dem sie zum Opfer fiel, da sie sich nicht gegen Abtürzen gesichert hatte. — Der 55 Jahre alte Händler Max W. stürzte sich aus einem Fenster seiner Wohnung in der Bergstraße in Neukölln drei Stockwerke tief auf den Bürgersteig hinab. W. trug so schwere innere Verletzungen davon, daß der Tod bald danach eintrat. Das Motiv zu der Tat konnte noch nicht ermittelt werden.

Die Augustmiete.

Vom künftigen Zentralamt für Wohnungsstellen wird mitgeteilt: Nachdem der Preussische Minister für Volkswohlfahrt, wie bereits durch den amtlichen Preussischen Pressedienst bekanntgegeben wurde, bestimmt hat, daß für die Berechnung der gesetzlichen Miete für den Monat August die Bestimmungen seiner Anordnung über die Regelung der gesetzlichen Miete für Juli in Kraft bleiben, verbleibt es auch für Berlin bei den Bestimmungen vom 28. Juni d. J. Die Miete für den Monat August ist daher in gleicher Höhe wie für den Monat Juli zu zahlen.

Beim Abbringen überfahren. Gestern mittag gegen 1 1/2 Uhr wurde in der Königstraße zwischen Rathaus und Bahnhof Alexanderplatz ein Mann im Alter von 30 bis 40 Jahren beim Absteigen vom Auto omnibus von der Straßenbahnlinie 100 überfahren. Er war auf der Stelle tot. Die Feuerwehr mußte gerufen werden, um den Wagen zu heben. Die Leiche wurde von der Feuerwehr nach dem Leichenhause gebracht, da die Personalien nicht festgestellt werden konnten.

Die Oberförsterei Friedrichshagen veranstaltet unter Leitung des Herrn Oberförster Rudra am Donnerstag, den 31. Juli, ihre 4. Wanderversammlung. Da die Beteiligung bei der 3. Wanderversammlung sehr hoch war, ist anzunehmen, daß auch diesmal zahlreiche Teilnehmer teilnehmen werden, um sich über die wichtigsten Fragen des Forstschutzes belehren zu lassen. Die Wanderversammlung gibt diesmal in das Waldgebiet Grünau. Die Teilnehmer versammeln sich um 11 Uhr am Bahnhof Grünau. Die Wanderversammlung wird ungefähr 2—3 Stunden dauern.

Fürstenwalde ohne Bürgermeister.

Die geradezu kindisch anmutende Ausschaltung aller auch in den Gemeinden tätigen Sozialisten unter Mithilfe von Demokraten und Zentrumsteuern nimmt, wie sehr auch der folgende Bericht aus Fürstenwalde beweist, allmählich Formen an, die den Aufbau der Gemeinde stören und das kommunale Leben gefährden müssen. Es geht so nicht mehr weiter. Aus Fürstenwalde erhalten wir folgenden Bericht, aus dem hervorgeht, daß man sich dort zutraut, ganz ohne Bürgermeister und ohne Stadträte zu regieren. Das müßte notwendig eine kommunale Anarchie zur Folge haben und die Demokraten heißen dazu:

Die Bürgerblockmehrheit in Fürstenwalde/Spree, die erst kürzlich den sozialistischen Wohlfahrtsstadtrat, angeblich aus Ersparnisgründen, abgebaut hat, beschäftigt nunmehr, auch den Ersten Bürgermeister, den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Stoll, abzubauen. Da die Stelle des zweiten Bürgermeisters, die durch reguläre Verlegung des Inhabers in den Ruhestand zur Erledigung kam, bereits von der alten Stadtverordnetenversammlung eingegeben wurde, so hat sich die Zahl der befohlenen Magistratsmitglieder nunmehr von vier auf eine verringert, und der Inhaber dieser Stelle ist noch dazu ein Techniker. Da er aber ebenfalls mit dem schmerzlichen Charakterfehler behaftet ist, Sozialist zu sein, so wird die Abbaumut des Bürgerblocks, in dem Demokraten und — Willkürliche friedlich beieinander hocken, nicht eher gestillt werden können, bis auch dieser Inhaber einer unvorschriftsmäßigen Gesinnung beseitigt ist.

Man sagt freilich, daß es sich beim Genossen Stoll, dessen persönliche Eignung auch von bürgerlicher Seite nicht bestritten wird, nicht um einen Stellen-, sondern um einen Personenabbau handle. Auch kommen angeblich keine politischen, sondern andere „Gründe“ in Frage. So macht man es Stoll zum Vorwurf, daß er in zwei Fällen der bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nicht zu Willen gewesen sei. Dabei sind die Beschlüsse des Magistrats in diesen Fällen von sämtlichen bürgerlichen Stadträten mitgeführt worden! Diese „Gründe“ sind einfach kindisch. Selbst weite Kreise des Bürgertums sind empört über dieses vom Nachthel bestimmte brutale Vorgehen ihrer eigenen Vertreter, unter denen sich ein Stahlhelmbegeisterter Lehrer und ein Beamter der Stadtverwaltung neben einem „demokratischen“ Arbeitervertreter besonders bemerkbar machen. Die Aufsichtsbehörde kann zu diesen Dingen natürlich nicht schweigen. Sie wird dem Unfug, der in Fürstenwalde angeht, schleunigst ein Ende machen müssen.

Eine Jugendherberge beim Kloster Chorin. Der unermüdbare Tätigkeit des Zweigvereins des Mark Brandenburg für Deutsche Jugendherbergen, dessen Vorsitzender Oberbürgermeister Böb, Berlin, ist, es gelungen, den Plan der Errichtung einer großen schönen Jugendherberge bei dem vielbesuchten Kloster Chorin der Verwirklichung nahe zu bringen. Schon in den nächsten Tagen soll mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Herberge wird Unterkunft für mindestens hundert jugendliche Wanderer erhalten, ferner einen saalartigen Aufenthaltstraum, eine Küche und eine Verwaltung. Zur Erleichterung der Bauaufsicht werden verzinsliche Anleihebriefe in Höhe von 20 M. ausgegeben, die gewisse Benutzungsberechtigungen für mehrtägigen Aufenthalt bieten. Freunde der Jugend werden sich gern mit diesem Betrage an der Schaffung dieses großzügigen Werkes beteiligen.

Waldfest der Freidenker. Sonntag, den 3. August, im Grunewald. Treffpunkt 2 Uhr nachm. (Endpunkt der Straßenbahn 43 in Dahlem), Restaurant Waldfrieden am Holzturn. Mitwirkende: Arbeiter-Männerchor Friedenau-Steigly, M. d. A. S. V. Arbeiter-Frauenchor Berlin-Steigly, M. d. A. S. V. Arbeiter-Touristenverein Naturfreunde Steigly. Redner voranschicklich Adolf Hoffmann, Gesang, Musik, Rezipitationen, Volkstänze, Kinderspiele. Gemeinsamer Rückmarsch 7 Uhr abends.

Freidenker-Jugendweib. Herbst 1924. Lehrerin für den Vorbereitungunterricht und Lehrerin: Frau Dr. Krieger. Anmeldungen nehmen entgegen: Max Vadenau, Schulhorn-Str. 9, Gartenh. 3 Tr. Friedrich, Zimmermannstr. 9, Gartenhaus 2 Tr., Kurt Sandwind, Stephanstr. 3, Käthe, Röhrenstr. 42, Gartenhaus parterre. Brauzel, Birkenh. 40, Gartenh. par.

Als der Großvater die Großmutter nahm, ein Volksliederspiel lehrte Paul Rose für das Rose-Theater in Gera. Er kennt die ihm zur Verfügung stehenden Mittel und sein Publikum und so herrscht eitel Freude. Unter den lebenden Bildern waren einige recht einprägsam und geschmackvoll und von den Balletts geistvoll eine lustige Vogelgesellschaft in der herberberühmten Federleibern. Ein solches haben sie unter ihnen wieder besonders auf der Gartenblühende Stoffs Operette „Wabi“ gespielt. Trude Wolgin, eine sehr schätzbare Kraft, ist eine vorzügliche Vertreterin der Hauptrolle. Käthe Jungberg als Cio Derwas ist ebenfalls ansprechend, zwar durch deren Mittel. Hans Rose gefährt sich und den Zuschauer als Trüffel Stiebel, während Karl Winter als Anatol sehr für sich einzunehmen war. Emma Baillie luderte wiederum nette Solists ein. Im Rose-Theater hat man sich den guten Eindruck, daß sich alle Mühe geben, und über das Gelingen einer Aufführung erfreut sind. Die Texte der Handlungslager erscheinen auf dem Vorhang und das Publikum singt mit, wodurch „Wabi“ etwas gewaltig volkstümlich wird. Da die Darsteller sich leicht dazu bewegen lassen, für den lebhaftesten Beifall durch Wiederholungen zu danken, so gibt es deren sehr viele.

Ein jüdischer Friedhof zerstört!

Nicht einmal die Toten haben Ruhe!

Eine Tat von geradezu unglaublichem Vandalismus wird aus Hagen gemeldet. Dort wurde der im Stadteil Elpe gelegene jüdische Friedhof in der Nacht vom Sonntag zum Montag durch bisher nicht ermittelte Täter verwüstet. Der Friedhof bietet ein fürchterliches Bild der Zerstörung. Nur sechs Grabstellen stehen noch; viele zentnerschwere Grabsteine und Grabmäler sind umgestürzt und Blumen ausgegriffen worden. Im die Steine umwerfen zu können, wurden die Gräber teilweise abgegraben. Auf dem Friedhof hat man ein Hakenkreuz gefunden.

Ein Brückeneinsturz.

Ein schweres Unglück ereignete sich in Rodinghausen bei Herfort in der Nähe des Rangierbahnhofes der Rheinisch-Westfälischen Kohlenwerke. Ueber die etwa 12 bis 13 Meter lange Hoehnebrücke war ein Anfuhrwagen gelegt worden, um Ziegel abzufahren. Am Samstagabend war die Brücke von der Bahn zum erstenmal benutzt worden. Als gestern nachmittags ein mit 3000 Ziegelsteinen beladener Wagen die Brücke passierte, brachen die Räder, die die Quertäfer in der Mitte hielten. Die Brücke brach zusammen und der Wagen stürzte in die Hoehne. Zwei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer verletzt, vier Arbeiter kamen mit dem Leben davon. Eine Untersuchung über den Unglücksfall ist eingeleitet worden.

Eine Maschinenfabrik abgebrannt. Die Brater Maschinenfabrik K. W. vom Christian Schmidt in Brate, Oldenburg, ist ein Raub der Flammen geworden. Die Fabrik hat sich vornehmlich mit der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen befaßt. Es wird lange dauern, bis der Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Ein großes Feuer hat die Wäbeifabrik von Heistermann in Ortle bei Detmold vollständig vernichtet; große Möbelporzelle sind Opfer der Flammen geworden. Die Entstehungsurache ist noch nicht aufgeklärt. Die Feuerwehr hatte große Mühe, die benachbarten Häuser zu schützen. Der Schaden ist beträchtlich.

Wirtschaft

Aktionärsrechte und Kapitalbeschaffung.

Uns wird geschrieben:

Wenn zurzeit an der Börse eine Abneigung besteht, Käufe von Aktien vorzunehmen, wenn besonders das Privatpublikum, auch das, welches Geld hat, sich von der Börse fern hält, so ist das nicht nur auf die Ungewißheit über die Goldbilanzen, auf die Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft und damit auch der Zukunft der Aktiengesellschaften zurückzuführen, sondern diese Abneigung hat ihren Grund in erster Linie darin, daß das Privatpublikum infolge der Stabilisierungskrisis an seinen Effekten erhebliche Verluste erlitten hat. Man kann nicht etwa sagen, daß das Publikum an diesen Verlusten ungeschuld ist. Trotz vieler Warnungen ließen sich immer weitere Kreise des Volkes dazu verführen, in der Hoffnung, ohne Mühe große Gewinne erzielen zu können, die Anlage in Industripapieren für ihr Geld zu wählen. Aber ganz gleich, ob das Publikum nun schuld hat oder nicht an diesen Verlusten, die Verluste sind entstanden, und die Abneigung der Privatkapitalisten, Gelder in Effekten anzulegen, wird auch dann weiter bestehen, wenn das Dames-Gutachten selbst die kühnsten Hoffnungen erfüllt und wenn dadurch reichliche Gelder ins Land kommen.

Diese Abneigung, die für die Kapitalbeschaffung der Industrie äußerst nachteilig ist, wird noch genährt durch die ganze Art und Weise, wie augenblicklich mit den Rechten der Aktionäre, soweit sie solche überhaupt nach dem Gesetz haben, umgegangen wird. Bei drei Vierteln der deutschen Aktiengesellschaften stellt sich die Majorität gewöhnlich auf den Standpunkt: Wir haben die Majorität, ihr anderen Aktionäre könnt ja doch nicht dagegen an. Daß ein Aktionär bei diesem in fast allen Generalversammlungen zum Ausdruck kommenden Standpunkt der Majoritätsinhaber keine große Lust hat, sein Geld Unternehmungen anzuvertrauen, auf deren Geschäftsführung und Gelingen er nicht den geringsten Einfluß ausüben vermag, bedarf gar keiner Frage.

Sehen wir uns doch einmal die Praktiken der Verwaltungen in den Generalversammlungen an. Schon der Geschäftsbericht der Aktiengesellschaften ist gewöhnlich derart kurz, daß man sich aus ihm über den Geschäftsgang der Gesellschaft überhaupt nicht informieren kann. Selbst wenn man das den Verwaltungen einmal erklärt, dann kommen sie stets mit dem Argument: Es ist die Zeit der Papierbilanzen, die sowieso wertlos sind, es ist die Zeit der Ungewißheit der wirtschaftlichen Lage, wir können also den Aktionären überhaupt nichts Wissenswerthes sagen. Diese Argumente sind höchst fadenscheinig. Auch aus den Papiermarktbilanzen kann man manches erkennen, nicht Gewinne oder Verluste, aber Bewertung der Aktiven und Passiven. Und man kann aus dieser Bewertung doch manche Schlüsse ziehen, das hat erst vor kurzem eine Verammlung bewiesen, nämlich die Verammlung der Berliner Hotelgesellschaft, in der ein Aktionär auch eine Papiermarkt Bilanz nach allen Seiten hin zerstückte und doch manches vorbrachte, was Hand und Fuß hatte. Aber was nützte es ihm; er hatte ein paar Aktien, die Majorität gab ihm vielleicht aus Höflichkeit Antwort auf seine Anfragen, aber im übrigen stellte auch sie sich auf den Standpunkt: „Opponiere, soviel du willst, wir tun ja doch, was wir wollen.“ Gegen diese Methode ist ein opponierender Aktionär natürlich vollkommen machtlos, denn selbst wenn er einen Protestgrund hat, macht die Durchführung eines Prozesses derartig viel Schwierigkeiten; es müssen Vorläufe gezahlt werden, die Sache wird in die Länge gezogen, gewöhnlich hat auch die Verwaltung noch die besseren Juristen für sich, daß der Aktionär trotz seines Rechts mit seiner Klage durchfällt. Es kommt eben vor Gericht nicht darauf an, wer Recht hat, sondern wer Recht bekommt. Dann ist ein sehr beliebtes Mittel, mit dem sich sonst bei Generalversammlungen die Majoritäten und die Verwaltungen zu verschaffen pflegen, um ungewisse Fragen loszuwerden, daß das Geschäftsinteresse es ihnen verbiete, eine Auskunft zu erteilen. Diesem Trick trifft dies ja zu, denn es kommt sehr häufig vor, daß jemand sich von einer Kontruktionsgesellschaft Aktien kauft, um die Verhältnisse bei der Konkurrenz lernen zu können. Es kann auch häufig vorkommen, daß man das, was man einem einzelnen Aktionär wohl sagen würde, nicht in der Generalversammlung vorbringt, weil die Generalversammlung doch öffentlich ist, weil den meisten Generalversammlungen doch Pressevertreter beimohnen. Das sind aber im großen und ganzen nur Ausnahmefälle, meistens ist der Vorwand, daß das Geschäftsinteresse die Auskunft verbiete, für die Verwaltung nur dazu da, etwas der Öffentlichkeit vorzuenthalten, was ihr ungewiss ist. Daß derartige Methoden und Praktiken nicht dazu dienen, der Aktiengesellschaft Freunde zuzuführen, bedarf keines Beweises.

Dann ist es in der letzten Zeit üblich geworden, die Preise von Generalversammlungen auszuschieben. Eine Aktiengesellschaft wird meistens dann gegründet, wenn das Kapital für ein Unternehmen nicht ausreicht, wenn man sich früher oder später an den öffentlichen Geldmarkt wenden will, wenn man ein risikoreiches Unternehmen in Händen hat, bei dem man das eigene Risiko begrenzen möchte und einen Teil des Risikos auf andere abwälzen möchte, wenn man sonst in irgendeiner Form den öffentlichen Kapitalmarkt für irgendeinen Zweck heranziehen will. Wer aber den öffentlichen Kapitalmarkt in Anspruch nehmen will, hat auch die Pflicht, sich von der Öffentlichkeit kontrollieren zu lassen, und hat infolgedessen auch die Pflicht, der Öffentlichkeit mindestens die Auskunft zu geben, die er zu geben gesetzlich verpflichtet ist. Die Generalversammlungen der Aktiengesellschaften sind ja gewöhnlich nur einmal im Jahre statt, und es ist wirklich nicht zureichend, wenn man fordert, daß in diesen Generalversammlungen in der breitesten Öffentlichkeit verhandelt wird, damit die Öffentlichkeit wenigstens einige Anhaltspunkte, viel sind es ja sowieso nicht, für die Beurteilung einer Gesellschaft hat. Es wäre direkt zu verlangen, daß die Unfähigkeit der Generalversammlungen im Gesetz festgelegt wird, damit mit der Ausrede der Familiengründungen, an denen die Öffentlichkeit kein Interesse hat, sich die Verwaltungen gewisser Aktiengesellschaften nicht der Kontrolle der Öffentlichkeit zu entziehen vermögen. Die Aktiengesellschaften, die gleich allen anderen Wirtschaftseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmungen zurzeit nicht an Geldverlust leiden, und die kaum die Zeit erwarten können, wo wieder der öffentliche Kapitalmarkt für sie da ist, dürfen keine Methoden anwenden, die nur verhindern, daß dann, wenn sie an den öffentlichen Kapitalmarkt appellieren, dieser ihnen verschlossen bleibt, daß die Abneigung gegen die Anlage von Kapital in Aktien nur verstärkt wird.

Die in der Zuschrift kritisierten Uebelstände im Aktienrecht haben nicht nur Bedeutung für das spekulierende Publikum, sondern auch in hohem Maße für die Arbeiterschaft. Denn der Mangel an Betriebskapital ist es ja gerade, der den Fortgang der Produktion hemmt und die Arbeitslosigkeit und die Betriebsstilllegungen erzeugt. Es ist daher zu fordern, daß die Kapitalbeschaffung nicht durch kleinliche Schikanen bei der Behandlung von Aktieninhabern noch unnütz gefährdet wird. Das gebietet schon das Eigeninteresse der Gesellschaften.

Die Ernteausichten.

Die Statistische Korrespondenz schätzt auf Grund des Sothenlandsberichts von Anfang Juli die diesjährige Ernte Breuhens wie folgt: Winterroggen etwa 75 Proz. der vorjährigen Ernte. Die Ernte an Winterweizen dürfte höchstens ein Fünftel geringer ausfallen als die vorjährige Ernte. An Sommerweizen würden etwa 5 Proz. weniger als im Vorjahre geerntet

werden. Sommerroggen ebenfalls etwa 5 Proz. weniger als im Vorjahre.

Wes in allem würde ein Ausfall von wenig mehr als 20 Prozent der vorjährigen Brotgetreideernte zu erwarten sein, im Vergleich also zu der recht guten Ernte von 1923 noch ein ganz leidliches Ergebnis, aber nur unter der Voraussetzung einer normalen Entwicklung des Welters, im besonderen während der Erntezeit.

Die Hoffnung, daß durch die verhältnismäßig noch immer nicht schlechten Ernteausichten mäßige Getreide- und Brotpreise zu erwarten wären, ist jedoch unberechtigt. Die Anbaubeschränkungen in Nordamerika, insbesondere in Kanada und die schlechten Aussichten der russischen Getreideernte wachen eine Preissteigerung des Getreides am Weltmarkt wahrscheinlich; diese hat bekanntlich bereits eingeleitet und zu großen spekulativen Nachschüssen an der Weltweizenbörse in Chicago geführt. Man meint sogar, daß durch Zusammenschluß kapitalstarker Gruppen mit Farmgenossenschaften ein Getreidebörse im Entstehen ist, der auf die künstliche Hochhaltung der Weltmarktpreise hinarbeitet.

Die bedingte Freigabe des deutschen Getreideexportes hat bereits zu einer weitgehenden Angleichung der Inlands- an die Weltmarktpreise geführt. Die Inlandspreise werden aber aller Voraussicht nach mit den Weltmarktpreisen noch weiter steigen, wenn die tatsächlichen Ernteergebnisse der Welt die Befürchtungen bestätigen sollten.

Er gibt sich aus dieser Lage die Gefahr einer schweren Bedrohung der Lebenshaltung für die arbeitende Klasse, so steht dem aus der Seite der Landwirtschaft gegenüber, daß die Preisspanne zwischen Agrarprodukten und Industriefabrikaten dadurch gemindert, wenn nicht beseitigt wird. Unter diesen Umständen ist für die nächste Zeit die Einführung von Getreidezöllen nicht nur für den Verbrauch äußerst bedenklich, sondern selbst vom Standpunkt der Schutzgüter aus für die Landwirtschaft unangenehm. Mindestens muß man die Entwicklung des Weltmarktes in Getreide und ihre Auswirkungen auf den inneren Markt abwarten, ehe man sich zu der Einführung von Getreidezöllen entschließt. Diese und ähnliche Beweggründe mögen auch den Reichswirtschaftsrat zu der Entscheidung veranlassen haben, die von der Regierung fordert, die Zölle nicht ohne weiteres, sondern erst nach Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Kraft zu setzen.

Die Getreidepreiserhöhungen in Amerika.

Wie aus Omaha gemeldet wird, hat die kanadische Regierung eine Kommission von Sachverständigen ernannt, die die Ursachen der alarmierenden Getreidepreiserhöhungen insbesondere für Weizen nachprüfen soll.

Auslandskredite für den Zuckerexport.

Eine vom Equitable Trust geführte Bankgruppe hat, wie die N. Y. Times London meldet, einen sechs Monate laufenden Kredit über vier Millionen Dollar für die deutsche Zuckerindustrie abgeschlossen. Der Zinssatz beträgt 7 bis 7½ Proz. und ist durch die Zuckerverzinsung sichergestellt. Die Weizen auf deutsche Raffinerien gezogen, dann von deutschen Großbanken indostriert und nach New York zur Veräußerung geschickt. Ob die deutschen Schuldner die zur Deckung der Beträge notwendigen Zuckerausfuhrerlaubnisse vorweisen, wird kein Geld gezahlt. Das Abkommen ist bisher geheim gehalten worden im Hinblick auf den englisch-amerikanischen Wettbewerb in Antwerpen, den man nach der Reparationslösung erwartet. Der Export von 200000 Tonnen Zucker wird auf diese Weise finanziert.

Wenn sich die Regierung über den Kreditabschluss befindet, so ist wieder ein neuer Weg zur Erleichterung der Kreditnot in der Landwirtschaft beschritten. Denn letzten Endes kommt der den Raffinerien zur Verfügung gestellte Kredit den Rübenbauern zugute, die sonst beim Abfall ihrer Produkte infolge der Kreditknappheit auf Schwierigkeiten stoßen würden.

Die Arbeitsmarktkrise hält an.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt ist auch in der Berichtswache eine Verschlechterung vorherrschend. Besonders lassen die Metall- und Holzindustrie ein weiteres Nachlassen des Beschäftigungsgrades erkennen. In Gastwirts- und Holzgewerbe sind die Beschäftigungsverhältnisse infolge Rückgangs des Reiseverkehrs und des geringen Erfolgs der Wabe- und Kurorte ungünstig. Der in diesem Gewerbe zu dieser Zeit sonst beobachtete Mangel an geübten Kräften tritt in diesem Jahre nicht in Erscheinung. Verschiedentlich meldet sich jetzt schon Personal aus den Bädern zurück. Unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten leidet insbesondere auch der Handel, der auch noch von dem Ausbleiben der Auslandsaufträge betroffen wird. Die Unterbringung von Angehörigen dieses Berufs gestaltet sich außerordentlich schwierig. Angelegen einer kleinen Besehung machen sich für weibliche Kräfte im Bekleidungs- und Damend- und Herrenkonfektion sowie für die Buch- und Buchbindungsbranche bemerkbar. Auch das Baugewerbe zeigt für einige Gruppen eine stärkere Nachfrage. Jedoch stehen der weiteren günstigen Entwicklung auch hier die wirtschaftlichen Widerstände entgegen. Die teilweise erhöhten Anforderungen vermögen nicht, den Arbeitsmarkt nennenswert zu beinflussen, da die Verschlechterung noch immer bedeutend überwiegt.

Die Zahl der Arbeitsuchenden und Unterstützungsempfänger ist weiterhin gestiegen. Es waren 96 648 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 92 567 der Vorwoche. Darunter befanden sich 67 654 (64 905) männliche und 28 994 (27 662) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 26 694 (24 441) männliche und 4533 (3083) weibliche, insgesamt 31 227 (28 424) Personen. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 1425 gegen 1457 der Vorwoche. Von den einzelnen Berufsgruppen hat lediglich die Landwirtschaft im Zeichen der beginnenden Kornernie großen Bedarf an Saisonarbeitern. In den Industrie- und Handelsberufsgruppen ist die Lage allgemein ungünstig.

Ein Office-Keederei mit städtischer Hilfe. Die Lübecker Bürgererschaft genehmigte ein Darlehen von 450 000 M. für die zu gründende Lübeck-Keederei. Diese soll die regelmäßigen Fahrten vom Lübecker Hafen nach Ausland und den Handelsplätzen, vor allem nach Aiga, Aival und Petersburg wieder aufnehmen.

Neues Wismar-Abkommen der Textilindustrie. Das am 1. August abgelaufene Abkommen der rheinischen Textilindustrie mit der Rheinlandkommission ist, wie die Textilwoche“ erzählt, um zwei Monate verlängert worden. Es steht eine allgemeine Ermäßigung der bisherigen Abgabenhöhe um 50 Proz. vor, und zwar sowohl bei den Zollabgaben, wie bei den Kontributionen, die in eine Ausgleichsliste gezahlt werden müssen. Die Gesamtabgaben beim Verland nach dem unbesetzten Deutschland und Ausland betragen daher künftig für Baumwolle- und Wollewaren und Wirtwaren 0,9 Proz. vom Werte, bei Seidenwaren 1 Proz. vom Werte, bei Leinwandwaren 1,2 Proz. vom Werte und bei Spitzen, Wandern usw. 1,5 Proz. vom Werte. Die Waidwollgebühren für den Verland vor Postpalaten stellt sich in den Wertgrenzen von 5 zu 5 Kilogramm auf 0,30, 0,60, 0,90 und 1,20 Goldmark. Für den Fall, daß sich vor dem 1. Oktober das Deutsche Reich mit den Alliierten über die Reparationszahlungen verständigt, ist eine frühere Kündigungsmöglichkeit vorgesehen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.



Reis an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Sitzung des engeren Bezirksvorstandes am Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 3.

36. Vdt. Charlottenburg, heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr. Öffentliche Versammlung in der Aula der 113. Gemeindefschule, Behlendorfstraße 40. Thema: Sachverständigen-Bericht und Schutzliste. Referent: Genosse H. Kempert.

4. Kreis Prenzlauer Berg, Donnerstag, den 31. Juli, abends 7 Uhr, im Bezirksamt, Danziger Straße. Außerst wichtige Fraktionslösung. Sämtliche Stadt- und Bezirksvereine müssen erscheinen.

6. Kreis Kreuzberg, Die Genossen der südlichen Abteilung, die Mitglieder des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ sind, bezw. werden wollen, werden gebeten, zu der heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal von Pfingst, Rauscher Straße 1, Ecke Reußhofstraße, stattfindenden Mitgliederversammlung unbedingt zu erscheinen.

22. Kreis Tempelhof, Donnerstag, den 31. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Rathaus Mariendorf, Zimmer 26. Sitzung der Bildungs-Kommission, Bezirksführer mit allen übrigen Funktionären, Besprechung zum Sommerfest. Alle arbeitstunenden Genossen sind hierzu eingeladen. (Bitte die Platzkarten beachten.)

Uebervormorgen, Freitag, den 1. August:

33. Vdt. Mitgliederversammlung abends 7 Uhr im Lokal von Raffamar, Reussstr. 41. Tagesordnung: Die politische Lage, Wohl der Delegierten zum Bezirkskongress und Stellungnahme dazu.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 30. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Reichsbanner, Jugendheim Berliner Straße 45, Diskussionsabend: Natur, Mensch und Naturpflege. — Östlicher Bezirk, Die Abteilungsveranstaltungen finden nachfolgend freitags im Jugendheim des östlichen Bezirks statt. — Neu-Westend, Lokal von Reiser, Türschloßstraße 33. Vortrag: Die Aufgaben des Reichsbanners. — Vorkriegsbezirk, Jugendheim Weißbühlstraße, Eingang Oberstraße 12. Vortrag: Die Welt unter dem Himmel. — Reichsbannerbezirk, Jugendheim Blagauer Straße 15. Schule. Vortrag: Das heutige Ausland. — Tempelhof, Jugendheim Duxweg, Germaniastr. 4-6. Vortrag: Freie Liebe.

Verkehrsbesitz Wesen, Mittwoch, 30. Juli 1924, abends 8 Uhr, findet bei W. H. Schöneberg, Berlin-Lutherstraße, gegenüber „Reichs Haus“, eine Jean-Jaures-Gedenkfeier statt. Alle Mitglieder der Abteilungen Schöneberg I, II, Friedenau und Wilmersdorf nehmen daran teil.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III.
Kameradschaft „Kreuzberg“, Jugendgruppe I, Mittwoch, den 30. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung und Vortrag bei Reichstr. 44. — Kameradschaft „Eldorado“, Sonntag, den 3. August 1924, vormittags 9 Uhr, Uebungsabend. Treffpunkt: König-Albert-Denkmal, Schillingstraße 44. — Kameradschaft „Kreuzberg“, Vdt. Süd-Ost, Freitag, den 1. August, abends 8 Uhr, wichtige Zusammenkunft bei Reichstr. 44, Lindenstraße 15 (Müllenausgabe). Republikaner als Gäste willkommen.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

| | | | |
|-------------------------------|---------------|------------------------------|---------------|
| Gerstengraupen, lose .. | 16,00—20,00 | Rübsen, lose .. | 15,50—18,00 |
| Gerstengrütze, lose .. | 15,00—18,00 | Kakao, festarm .. | 75,00—85,00 |
| Haferflocken, lose .. | 15,50—17,00 | Kakao, leicht entölt .. | 86,00—100,00 |
| Hafergrütze, lose .. | 18,00—19,00 | Tee, Souchon, gepackt .. | 350,00—420,00 |
| Roggenmehl 0/1 .. | 13,00—14,00 | Inlandszucker basis mel .. | 37,50—39,00 |
| Weizengrieß .. | 18,50—19,75 | Inlandszucker Raffinade .. | 38,50—41,50 |
| Martingrieß .. | 21,75—24,25 | Zucker Würfel .. | 42,50—46,00 |
| 70% Weizenmehl .. | 15,25—17,25 | Kunsthonig .. | 26,00—32,00 |
| Weizen-Auszugmehl .. | 18,00—22,50 | Zuckersirup hell in Elm .. | 38,00—43,00 |
| Speiseerbsen, Viktoria .. | 12,25—18,50 | Speisesirup dunk in Elm .. | 25,00—29,00 |
| Speiseerbsen, kleine .. | 8,75—11,75 | Marmelade Einfr. Erdb .. | 90,00—95,00 |
| Bohnen, weiße, Ferk .. | 20,00—24,00 | Marmelade Vierfrucht .. | 35,00—40,00 |
| Langbohnen, handverles .. | 27,00—30,50 | Pflaumenmus in Eimern .. | 33,00—38,00 |
| Linsen, mittel .. | 31,00—37,50 | Steinsalz, lose .. | 3,16—3,70 |
| Linsen, große .. | 39,00—46,00 | Siedesalz, lose .. | 4,00—4,70 |
| Kartoffelmehl .. | 18,75—20,50 | Bratenschmalz in Tierces .. | 80,00—80,50 |
| Makkaroni .. | 36,00—42,00 | Bratenschmalz in Köbeln .. | 81,00—82,10 |
| Makkaronimehl .. | 33,00—35,00 | Purelard in Tierces .. | 77,50—78,00 |
| Schneitnudeln, lose .. | 15,00—16,25 | Purelard in Kisten .. | 75,00—79,00 |
| Bruchreis .. | 14,50—15,50 | Speisetalg in Packung .. | 49,00—52,00 |
| Rangoon Reis .. | 23,25—31,00 | Speisetalg im Köbeln .. | 48,00—50,00 |
| Tafelreis, glasiert, Patna .. | 30,00—36,00 | Margarine, Handelsm. I .. | 60,00—67,00 |
| Tafelreis, Java .. | 28,00—36,00 | desgl. II .. | 54,00—57,00 |
| Ringkügel, amerik. .. | 78,00—85,00 | Margarine, Spezialm. I .. | 76,00— |
| Getr. Pflanzen 90/100 .. | 49,00—43,00 | desgl. II .. | 63,00—65,00 |
| Pflanzöl, entsteint .. | 59,00—55,00 | Margarine III .. | 46,00—50,00 |
| Cal. Pflanzen 40/50 .. | 60,00— | Molkereibutter i. Fässern .. | 175,00—186,00 |
| Rosinen in Kisten, Candia .. | 70,00—75,00 | Molkereibutter in Pack .. | 182,00—190,10 |
| Sultaninen Caraburu .. | 80,00—95,00 | Landbutter .. | — |
| Sultaninen, choice .. | 65,00—70,00 | Auslandbutter in Fässern .. | 190,00—201,00 |
| Mandeln, süße Bari .. | 155,00—158,00 | Corned beef 12/6 lbs p. K .. | 33,00—37,00 |
| Mandeln, bittere Bari .. | 145,00—152,00 | Aust. Speck, geräuchert .. | 72,00—78,00 |
| Zimt (Cassia) .. | 106,00—116,00 | Quadratkäse .. | 25,00—38,00 |
| Kümmel, holländischer .. | 65,00—75,00 | Tilsiter Käse, vollfett .. | 100,00—110,00 |
| Schwarzer Pfeffer Singap. .. | 94,00—109,00 | Bayr. Emmenthaler .. | 160,00—170,00 |
| Weißer Pfeffer .. | 140,00—145,00 | Echter Emmenthaler .. | 175,00—185,00 |
| Rohkaffee Brasil .. | 180,00—215,00 | Aust. ungezuck. Condensm .. | 20,50—23,25 |
| Rohkaffee Zentralamerika .. | 230,00—285,00 | Inländische desgl. 48/12 .. | 16,50—17,50 |
| Rohkaffee Brasil .. | 230,00—280,00 | Inl. gez. Condensm. 48/14 .. | 26,00—26,50 |

erforderlich. Republikaner herzlich willkommen. — Kameradschaft 20 (Reinholdsbau). Donnerstag, den 31. Juli, abends 7 Uhr, im Lokal Pamiow (Raffamarweg) Schöneberg 14 (Nabe Bahnhof Reinholdsbau-Schöneberg). Einbehalten der Straßenbahnlinie 96. Wichtige Zusammenkunft. Erscheinen ist für die Kameraden sämtlicher Untergruppen Pflicht. — Kameradschaft 17. Kreis (Gruppe Westend). Donnerstag, den 31. Juli, abends 8 Uhr, bei Pfingst, Rauscher Straße 1, Versammlung. — Kameradschaft 17. Kreis (Gruppe Westend). Donnerstag, den 31. Juli, abends 7 30 Uhr, Bahnhof Pichlerberg-Reichstraße. — Kameradschaft Ober-, Nieder-Schöneberg-Johannisthal, Freitag, den 1. August, abends 8 Uhr, wichtige Zusammenkunft bei Reichstr. 44, Lindenstraße 15 (Müllenausgabe). Republikaner als Gäste willkommen.

Sozialdemokratische Studentenvereinigungen. Wir betreiben uns an der heute abend 8 Uhr von Jungsozialisten und S.D. gemeinsam bei W. H. Schöneberg-Luther-Straße 69, veranstalteten Gedenkfeier zum 10-jährigen Todestage von Jean Jaures.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Dienstag, den 29. Juli:

1. Rennen. 1. Krallinda (H. Jeny), 2. Rosendame (D. Schmidt), 3. Nanbarin (F. Raber). Toto: 18 : 10. Platz: 12, 16 : 10. Ferner liefen: Mühlgrat, Sarnot.
2. Rennen. 1. Koffini (D. Schmidt), 2. Saturn (H. Jeny), 3. Stromer (H. Lorke). Toto: 21 : 10. Platz: 12, 28 : 10. Ferner liefen: Troja, Ramen.
3. Rennen. 1. Bealagiri (H. Jeny), 2. Königsknecht (D. Schmidt), 3. Wundich (Kosak). Toto: 28 : 10. Platz: 15, 13 : 10. Ferner liefen: Blenny, Haschke.
4. Rennen. 1. Hornbori (W. Larras), 2. Palamedes (D. Schmidt), 3. Holoch (Bleuler). Toto: 14 : 10. Platz: 10, 10 : 10. Ferner liefen: Wädchler.
5. Rennen. 1. Rumböck (H. Lorke), 2. Morgenstunde (Bleuler), 3. Catania (Janzke). Toto: 27 : 10. Platz: 17, 46, 22 : 10. Ferner liefen: Horec, Lurur, Wogelitz, Kephun, La Ramora, Kadel, Pama.
6. Rennen. 1. Weißhorn (H. Jeny), 2. Jecia III (Grabsch), 3. Beto (D. Schmidt). Toto: 18 : 10. Platz: 12, 15, 20 : 10. Ferner liefen: Rantana, Bertram, Palma, Dvette, Brolog, Gaudium, Vulkan.
7. Rennen. 1. Licht-Alberich (D. Schmidt), 2. Doktor (Haff), 3. Eitelreiter (Rüger). Toto: 37 : 10. Platz: 11, 49, 31 : 10. Ferner liefen: Jontamora, Lastraj, La Rara, Gen, Lingi Langi, Feldin, Jungferntede, Tiefurt.

Briefkasten der Redaktion.

Wesler, H. D. Dieser Beruf bietet zur Zeit wenig Aussicht. Anfragen zu richten an: Norddeutscher Lloyd, Bremen und Hamburg. Amerikanische Seefahrt. H. G. Hamburg. B. R., Berlin. Nicht verwendbar.

Wesler für Berlin und Umgegend. Einmal wöchentlich. Trübungen mit Regen fällen bei schwachen südlichen bis südlichen Winden. — Für Deutschland. Am besten Abklärung mit einzelnen Regenschauern. Südost-Deutschland: noch ziemlich heiter.

Theater, Lichtspiele usw.

Volkstheater
8 Uhr:
D. Kreuzschreiber
Grotte 104 / Karl Dilliger
Luis Preuler / Emil Lind
Julius Sachs / Otto Sauer-Lorke

Deutsch. Theater
Sommerzeit
Direktion: Stadl und Sauer
Tägl. 8 Uhr:
Merkwürdig u. Max Lande in
Clubleute

Kammerspiele
Sommerzeit
Direktion: Stadl und Sauer
Tägl. 8 Uhr:
Georg Alexander
in „Kammermusik“

Th. 1. Admiralspalast
1/2, 3. u. 5. u. 7. u. 9. u. 11. u. 13. u. 15. u. 17. u. 19. u. 21. u. 23. u. 25. u. 27. u. 29. u. 31. u. 33. u. 35. u. 37. u. 39. u. 41. u. 43. u. 45. u. 47. u. 49. u. 51. u. 53. u. 55. u. 57. u. 59. u. 61. u. 63. u. 65. u. 67. u. 69. u. 71. u. 73. u. 75. u. 77. u. 79. u. 81. u. 83. u. 85. u. 87. u. 89. u. 91. u. 93. u. 95. u. 97. u. 99. u. 101. u. 103. u. 105. u. 107. u. 109. u. 111. u. 113. u. 115. u. 117. u. 119. u. 121. u. 123. u. 125. u. 127. u. 129. u. 131. u. 133. u. 135. u. 137. u. 139. u. 141. u. 143. u. 145. u. 147. u. 149. u. 151. u. 153. u. 155. u. 157. u. 159. u. 161. u. 163. u. 165. u. 167. u. 169. u. 171. u. 173. u. 175. u. 177. u. 179. u. 181. u. 183. u. 185. u. 187. u. 189. u. 191. u. 193. u. 195. u. 197. u. 199. u. 201. u. 203. u. 205. u. 207. u. 209. u. 211. u. 213. u. 215. u. 217. u. 219. u. 221. u. 223. u. 225. u. 227. u. 229. u. 231. u. 233. u. 235. u. 237. u. 239. u. 241. u. 243. u. 245. u. 247. u. 249. u. 251. u. 253. u. 255. u. 257. u. 259. u. 261. u. 263. u. 265. u. 267. u. 269. u. 271. u. 273. u. 275. u. 277. u. 279. u. 281. u. 283. u. 285. u. 287. u. 289. u. 291. u. 293. u. 295. u. 297. u. 299. u. 301. u. 303. u. 305. u. 307. u. 309. u. 311. u. 313. u. 315. u. 317. u. 319. u. 321. u. 323. u. 325. u. 327. u. 329. u. 331. u. 333. u. 335. u. 337. u. 339. u. 341. u. 343. u. 345. u. 347. u. 349. u. 351. u. 353. u. 355. u. 357. u. 359. u. 361. u. 363. u. 365. u. 367. u. 369. u. 371. u. 373. u. 375. u. 377. u. 379. u. 381. u. 383. u. 385. u. 387. u. 389. u. 391. u. 393. u. 395. u. 397. u. 399. u. 401. u. 403. u. 405. u. 407. u. 409. u. 411. u. 413. u. 415. u. 417. u. 419. u. 421. u. 423. u. 425. u. 427. u. 429. u. 431. u. 433. u. 435. u. 437. u. 439. u. 441. u. 443. u. 445. u. 447. u. 449. u. 451. u. 453. u. 455. u. 457. u. 459. u. 461. u. 463. u. 465. u. 467. u. 469. u. 471. u. 473. u. 475. u. 477. u. 479. u. 481. u. 483. u. 485. u. 487. u. 489. u. 491. u. 493. u. 495. u. 497. u. 499. u. 501. u. 503. u. 505. u. 507. u. 509. u. 511. u. 513. u. 515. u. 517. u. 519. u. 521. u. 523. u. 525. u. 527. u. 529. u. 531. u. 533. u. 535. u. 537. u. 539. u. 541. u. 543. u. 545. u. 547. u. 549. u. 551. u. 553. u. 555. u. 557. u. 559. u. 561. u. 563. u. 565. u. 567. u. 569. u. 571. u. 573. u. 575. u. 577. u. 579. u. 581. u. 583. u. 585. u. 587. u. 589. u. 591. u. 593. u. 595. u. 597. u. 599. u. 601. u. 603. u. 605. u. 607. u. 609. u. 611. u. 613. u. 615. u. 617. u. 619. u. 621. u. 623. u. 625. u. 627. u. 629. u. 631. u. 633. u. 635. u. 637. u. 639. u. 641. u. 643. u. 645. u. 647. u. 649. u. 651. u. 653. u. 655. u. 657. u. 659. u. 661. u. 663. u. 665. u. 667. u. 669. u. 671. u. 673. u. 675. u. 677. u. 679. u. 681. u. 683. u. 685. u. 687. u. 689. u. 691. u. 693. u. 695. u. 697. u. 699. u. 701. u. 703. u. 705. u. 707. u. 709. u. 711. u. 713. u. 715. u. 717. u. 719. u. 721. u. 723. u. 725. u. 727. u. 729. u. 731. u. 733. u. 735. u. 737. u. 739. u. 741. u. 743. u. 745. u. 747. u. 749. u. 751. u. 753. u. 755. u. 757. u. 759. u. 761. u. 763. u. 765. u. 767. u. 769. u. 771. u. 773. u. 775. u. 777. u. 779. u. 781. u. 783. u. 785. u. 787. u. 789. u. 791. u. 793. u. 795. u. 797. u. 799. u. 801. u. 803. u. 805. u. 807. u. 809. u. 811. u. 813. u. 815. u. 817. u. 819. u. 821. u. 823. u. 825. u. 827. u. 829. u. 831. u. 833. u. 835. u. 837. u. 839. u. 841. u. 843. u. 845. u. 847. u. 849. u. 851. u. 853. u. 855. u. 857. u. 859. u. 861. u. 863. u. 865. u. 867. u. 869. u. 871. u. 873. u. 875. u. 877. u. 879. u. 881. u. 883. u. 885. u. 887. u. 889. u. 891. u. 893. u. 895. u. 897. u. 899. u. 901. u. 903. u. 905. u. 907. u. 909. u. 911. u. 913. u. 915. u. 917. u. 919. u. 921. u. 923. u. 925. u. 927. u. 929. u. 931. u. 933. u. 935. u. 937. u. 939. u. 941. u. 943. u. 945. u. 947. u. 949. u. 951. u. 953. u. 955. u. 957. u. 959. u. 961. u. 963. u. 965. u. 967. u. 969. u. 971. u. 973. u. 975. u. 977. u. 979. u. 981. u. 983. u. 985. u. 987. u. 989. u. 991. u. 993. u. 995. u. 997. u. 999. u. 1001. u. 1003. u. 1005. u. 1007. u. 1009. u. 1011. u. 1013. u. 1015. u. 1017. u. 1019. u. 1021. u. 1023. u. 1025. u. 1027. u. 1029. u. 1031. u. 1033. u. 1035. u. 1037. u. 1039. u. 1041. u. 1043. u. 1045. u. 1047. u. 1049. u. 1051. u. 1053. u. 1055. u. 1057. u. 1059. u. 1061. u. 1063. u. 1065. u. 1067. u. 1069. u. 1071. u. 1073. u. 1075. u. 1077. u. 1079. u. 1081. u. 1083. u. 1085. u. 1087. u. 1089. u. 1091. u. 1093. u. 1095. u. 1097. u. 1099. u. 1101. u. 1103. u. 1105. u. 1107. u. 1109. u. 1111. u. 1113. u. 1115. u. 1117. u. 1119. u. 1121. u. 1123. u. 1125. u. 1127. u. 1129. u. 1131. u. 1133. u. 1135. u. 1137. u. 1139. u. 1141. u. 1143. u. 1145. u. 1147. u. 1149. u. 1151. u. 1153. u. 1155. u. 1157. u. 1159. u. 1161. u. 1163. u. 1165. u. 1167. u. 1169. u. 1171. u. 1173. u. 1175. u. 1177. u. 1179. u. 1181. u. 1183. u. 1185. u. 1187. u. 1189. u. 1191. u. 1193. u. 1195. u. 1197. u. 1199. u. 1201. u. 1203. u. 1205. u. 1207. u. 1209. u. 1211. u. 1213. u. 1215. u. 1217. u. 1219. u. 1221. u. 1223. u. 1225. u. 1227. u. 1229. u. 1231. u. 1233. u. 1235. u. 1237. u. 1239. u. 1241. u. 1243. u. 1245. u. 1247. u. 1249. u. 1251. u. 1253. u. 1255. u. 1257. u. 1259. u. 1261. u. 1263. u. 1265. u. 1267. u. 1269. u. 1271. u. 1273. u. 1275. u. 1277. u. 1279. u. 1281. u. 1283. u. 1285. u. 1287. u. 1289. u. 1291. u. 1293. u. 1295. u. 1297. u. 1299. u. 1301. u. 1303. u. 1305. u. 1307. u. 1309. u. 1311. u. 1313. u. 1315. u. 1317. u. 1319. u. 1321. u. 1323. u. 1325. u. 1327. u. 1329. u. 1331. u. 1333. u. 1335. u. 1337. u. 1339. u. 1341. u. 1343. u. 1345. u. 1347. u. 1349. u. 1351. u. 1353. u. 1355. u. 1357. u. 1359. u. 1361. u. 1363. u. 1365. u. 1367. u. 1369. u. 1371. u. 1373. u. 1375. u. 1377. u. 1379. u. 1381. u. 1383. u. 1385. u. 1387. u. 1389. u. 1391. u. 1393. u. 1395. u. 1397. u. 1399. u. 1401. u. 1403. u. 1405. u. 1407. u. 1409. u. 1411. u. 1413. u. 1415. u. 1417. u. 1419. u. 1421. u. 1423. u. 1425. u. 1427. u. 1429. u. 1431. u. 1433. u. 1435. u. 1437. u. 1439. u. 1441. u. 1443. u. 1445. u. 1447. u. 1449. u. 1451. u. 1453. u. 1455. u. 1457. u. 1459. u. 1461. u. 1463. u. 1465. u. 1467. u. 1469. u. 1471. u. 1473. u. 1475. u. 1477. u. 1479. u. 1481. u. 1483. u. 1485. u. 1487. u. 1489. u. 1491. u. 1493. u. 1495. u. 1497. u. 1499. u. 1501. u. 1503. u. 1505. u. 1507. u. 1509. u. 1511. u. 1513. u. 1515. u. 1517. u. 1519. u. 1521. u. 1523. u. 1525. u. 1527. u. 1529. u. 1531. u. 1533. u. 1535. u. 1537. u. 1539. u. 1541. u. 1543. u. 1545. u. 1547. u. 1549. u. 1551. u. 1553. u. 1555. u. 1557. u. 1559. u. 1561. u. 1563. u. 1565. u. 1567. u. 1569. u. 1571. u. 1573. u. 1575. u. 1577. u. 1579. u. 1581. u. 1583. u. 1585. u. 1587. u. 1589. u. 1591. u. 1593. u. 1595. u. 1597. u. 1599. u. 1601. u. 1603. u. 1605. u. 1607. u. 1609. u. 1611. u. 1613. u. 1615. u. 1617. u. 1619. u. 1621. u. 1623. u. 1625. u. 1627. u. 1629. u. 1631. u. 1633. u. 1635. u. 1637. u. 1639. u. 1641. u. 1643. u. 1645. u. 1647. u. 1649. u. 1651. u. 1653. u. 1655. u. 1657. u. 1659. u. 1661. u. 1663. u. 1665. u. 1667. u. 1669. u. 1671. u. 1673. u. 1675. u. 1677. u. 1679. u. 1681. u. 1683. u. 1685. u. 1687. u. 1689. u. 1691. u. 1693. u. 1695. u. 1697. u. 1699. u. 1701. u. 1703. u. 1705. u. 1707. u. 1709. u. 1711. u. 1713. u. 1715. u. 1717. u. 1719. u. 1721. u. 1723. u. 1725. u. 1727. u. 1729. u. 1731. u. 1733. u. 1735. u. 1737. u. 1739. u. 1741. u. 1743. u. 1745. u. 1747. u. 1749. u. 1751. u. 1753. u. 1755. u. 1757. u. 1759. u. 1761. u. 1763. u. 1765. u. 1767. u. 1769. u. 1771. u. 1773. u. 1775. u. 1777. u. 1779. u.